

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Beilage 10 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Polikabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Beilage-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk. für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freisinnige Robtäuscherverfuche.

Die „Fränk. Tagespost“ und die „Fränk. Volksstimme“ brachten am 5. August die „Enthüllung“, daß der Raumannsche Aufruf zu einem Volkssturm für Erhaltung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur ein freisinniger Trick sei, um den Freisinn mit demokratischem Nimbus zu umgeben und die zu erwartende Bülowische Verheißung einer Wahlreform als Erfolg der freisinnigen Wahlrechtsbewegung hinzustellen. Dem neuen Landtag werde dann ein Entwurf zugehen, der etwa so aussehen werde: Allgemeines, direktes, geheimes Wahlrecht mit Pluralstimmen für Besitz und Bildung, außerdem eine ständische Vertretung der Landwirtschaft durch Delegierte der Landwirtschaftskammern. Dies Wahlrecht sei dem Freisinn von Bülow versprochen worden, der damit den Bloch am Leben zu erhalten hoffe. Der Freisinn aber werde sich mit dem Erfolge seiner „demokratischen“ Agitation brüsten, die zwar „nicht alles erreicht“, aber doch endlich „die Wahlrechtsfrage in Fluß gebracht“ habe. Der Artikel schloß daran die Frage: „Sollen wir den freisinnigen Spekulanten das Feld überlassen?“

Der Freisinn bestreitet selbstverständlich, daß er solch arglistiges Spiel treibe. Und nun hat auch Herr Raumann selbst eine Erklärung losgelassen, durch die er das „Berliner Tageblatt“ ermächtigt, „zu erklären, daß keinerlei Vereinbarung wegen des preussischen Wahlrechts stattgefunden hat. Die ganze Meldung ist erfunden.“

Dieser Erklärung gegenüber hält die „Fränkische Tagespost“ ihre Behauptungen aufrecht. Raumann sei übrigens gar nicht berechtigt, irgend etwas zu dementieren, da er ja nur das „unbewusste Werkzeug“ eines „freisinnigen Verrats“ genannt worden sei. Daß er von einer Vereinbarung nichts wisse, spiele also gar keine Rolle. Wenn er gleichwohl für den ganzen Freisinn eine Vereinbarung leugne — von „formellen, etwa notariell beglaubigten und zivilrechtlich eintragbaren Wahlrechtsvereinbarungen“ zwischen Bülow und dem Freisinn sei „natürlich niemals die Rede“ gewesen — so lasse das nur den Schluß zu, daß auch Raumann selbst über diese Dinge unterrichtet sei. Das Nürnberger Parteiblatt erklärt nochmals „auf das Bestimmteste“: „Die Freisinnigen sind über diesen Bülowischen Entwurf unterrichtet, ihre jetzige Agitation beruht auf dieser Erkenntnis, und auf Einverständnis mit dem Reichskanzler.“

Wir wissen auch heute nicht, auf welchen besonderen sekretären Mitteilungen die Behauptungen der „Fränkischen Tagespost“ beruhen, aber wir glauben nichtsdestoweniger in der Lage zu sein, die Darstellung der „Fränkischen Tagespost“ durch Vorbringung urkundlichen Beweismaterials bestreiten zu können.

Daß der Reichskanzler — sei es direkt oder indirekt, darüber sagt ja auch die „Fränk. Tagespost“ nichts — tatsächlich mit Freisinnigen verhandelt hat, beweisen die wiederholten Versicherungen der „Fränk. Ztg.“, daß die Regierung in der nächsten Landtagsession eine Wahlreform ankündigen werde. Der „Fränk. Ztg.“ wurde Anfang Juli von ihrem Berliner Einbläser, dem berichtigten Herrn Stein, gemeldet, daß die Regierung in der nächsten Session „aus Anlaß der freisinnigen Anträge auf eine Aenderung des Wahlrechts zu dieser Frage erneut Stellung nehmen und sich für die Notwendigkeit der Reform aussprechen werde.“ Diese Reform solle mit den Konservativen oder doch mit einem Teile der Konservativen gemacht werden und „als wichtiger Akt der Blockpolitik wirken“.

Vierzehn Tage später unterrichtete die „Frankfurter Zeitung“ die Leserschaft ebenfalls über die Verständigung freisinniger Politiker mit Bülow in Sachen der Wahlrechtsfrage. Die „Fränk. Ztg.“ ließ sich damals von ihrem Berliner Korrespondenten schreiben:

„So daß mehr als eine generelle Stellung zur Wahlrechtsfrage bei der nächsten Tagung des Landtages von der Regierung nicht zu erwarten sei hat man sich in unterrichteten politischen Kreisen die Sache immer gedacht. Man hat angenommen, daß die preussische Regierung in der nächsten Landtagsession, die die letzte der Legislaturperiode ist, nicht mit dem Entwurf eines neuen Wahlrechts hervortreten wird, daß sie aber eine Gelegenheit, an der es ja nie fehlen kann und die zum Beispiel der freisinnige Wahlrechtsantrag liefern würde, benutzen wird, um ihre grundsätzliche Stellung zur Wahlrechtsfrage darzulegen und die Grundlinien einer Reform zu kennzeichnen. Diese Reform würde dann wohl die Hauptrolle in der Wahlrechtsbewegung spielen und das neugewählte Abgeordnetenhaus beschäftigen!“

Hier sagte also die „Fränk. Ztg.“ ganz unerblickt: „So hat man sich in unterrichteten politischen Kreisen die Sache immer gedacht.“ Unter diesen unterrichteten Kreisen konnten doch selbstverständlich nur freisinnige Politiker verstanden werden! Zu allem Ueberflusse fügte der Korrespondent der „Fränk. Ztg.“ noch hinzu, daß es sich um eine „Er-

wartung aller Liberalen“ handele, die bestimmt darauf rechneten, von Bülow nicht enttäuscht zu werden.

Die Tatsache der Verhandlungen und Vereinbarungen freisinniger Politiker mit dem Reichskanzler steht also nach dem Zeugnis der „Fränk. Ztg.“ selbst unerschütterlich fest. Nicht minder steht fest, daß diese freisinnigen Politiker sich mit einer programmatischen Erklärung Bülows zufrieden zu geben gedachten. Sie wußten des weiteren ganz genau, daß die versprochene Wahlreform, die ja nach der „Fränk. Ztg.“ „als wichtiger Akt der Blockpolitik wirken“ sollte, nur in einem Kompromiß mit der Rechte bestehen konnte, also etwa so aussehen würde, wie es die „Fränk. Tagespost“ darlegte; daß sie ganz genau so aussehen würde, behaupteten ja auch die „Fränk. Tagespost“ und die „Fränk. Volksstimme“ nicht.

Aber noch mehr: Auch die später sich so „radikal“ gebärdenden Herren vom „Berliner Tageblatt“, ja sogar Herr Raumann in eigener Person, hatten noch vor wenigen Wochen gegen diese Wahlrechtsverhandlung im Zeichen und zum Heile der konservativ-liberalen Paarung gar nichts einzuwenden. So schrieb das „Berliner Tageblatt“ am 6. Juli im Anschluß an die erst erwähnte offiziöse Auslassung der „Fränk. Ztg.“:

„Man begreift bereits, daß es sich bei der Reform nicht etwa um die Einführung des Reichstagswahlrechts handelt. Was man erstrebt, das ist die „mittlere Linie“, also ein Kompromiß zwischen Konservativen und Rationalisten. Mit den liberalen Forderungen hätte diese „mittlere Linie“ nichts mehr zu tun. Aber wir sind viel zu sehr realpolitisch geschult, als daß wir deshalb den Stab über die geplante Reform brechen würden. Jede wirkliche Verbesserung auf dem Gebiete des Wahlrechts ist uns willkommen. ... Bringt die Regierungsvorlage einen Fortschritt, dann sind wir sogar bereit, die freisinnigen Parteien, die aus eigener Initiative ihren Wahlrechtsantrag zurückgestellt haben, für geschickte Taktiker zu halten.“

Und Herr Raumann schrieb in Nr. 28 der „Sisse“ vom 14. Juli gerade in Anknüpfung an die „sehr wichtige“ Nachricht der „Fränk. Ztg.“:

„Sicher ist's ein weiter Weg vom heutigen Zustand bis zu diesem politischen Endziel (der Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen), aber schon das ist für uns ein Gewinn, wenn der Marsch überhaupt beginnt. Sobald Bülow oder sein preussischer Vertreter vor den Landtag tritt und ihm mitteilt, daß Seine Majestät der König von Preußen die bisherige Vertretungsweise der preussischen Staatsbürger nicht mehr ungeändert lassen wolle, fängt der preussische Liberalismus wieder an, sich zu beleben, denn von da an bekommt er Zukunftsmöglichkeiten. ... Das heißt noch nicht, daß er sofort freie Bahn vor sich haben wird, aber doch, daß er nicht vergeblich so viele Jahre an das Tor geschlagen hat.“

Und in Nr. 29 vom 21. Juli schrieb Herr Raumann:

„Ich glaube nicht an eine Reform, die dem Reichstagswahlrecht entspricht, sondern nur an ein künstliches Kompromißwahlrecht, wie es etwa jetzt in Sachsen vorgeschlagen wird. Deshalb habe ich geschrieben, daß der Liberalismus wahrscheinlich (1) nicht für das erste preussische Wahlreformgesetz stimmen können. Wenn ich aber der Meinung wäre, daß für Bülow weder das Dreiklassenwahlrecht noch die öffentliche Stimmgabe beseitigen wolle, dann würde ich überhaupt das Wort Wahlreform nicht in den Mund genommen haben.“

Herr Raumann war also damals überzeugt, daß die Bülowische Wahlreform tatsächlich ziemlich genau so aussehen werde, wie sie die „Fränkische Tagespost“ zita 14 Tage später charakterisierte. Wie hätte er auch nach der Kenntnis der halb Bülow-, halb freisinnig-offiziösen Ankündigungen der „Fränk. Ztg.“ darüber nur im mindesten im Zweifel sein können, auch wenn er persönlich nicht von den Klüßhändlern ins Vertrauen gezogen worden war! Es wirkt deshalb wirklich ungemein komisch, wie heute, drei Wochen später, Raumann auf einmal den völlig Ahnungslosen spielen kann!

Und weiter: Herr Raumann erwartete nichts weiter, als ein „künstliches Kompromißwahlrecht, wie es etwa jetzt in Sachsen vorgeschlagen wird“, also ein Wahlrecht, das außer dem Pluralwahlrecht wohl auch noch durch ein ständisches privilegiertes Wahlrecht verunziert sein würde, und gleichwohl dachte er damals nicht im geringsten daran, dieses Wahlrechts wegen etwa den Bloch aufs Spiel setzen zu wollen! Erst als ihm der „Vorwärts“ kräftig einheizte, gab er in katastrophentem Stimmungswechsel das Signal aus: Das Reichstagswahlrecht für Preußen!

Möglich, daß Herr Raumann für seine Person es mit dieser neuesten Forderung zurzeit ernst meint. Daß seine Stimmung freilich nicht recht bald wieder umschlägt, ist bei einem so wandlungsfähigen Politiker keineswegs ausgeschlossen. Aber Herr Raumann ist zudem noch gar nicht der Freisinn überhaupt. Und die freisinnige „Weser-Zeitung“ hat ja erst noch in den letzten Tagen wiederholt erklärt, daß sie sich mit einem Kompromiß, wie es nach den Bekundungen der „Fränk. Ztg.“ ja ursprünglich überhaupt nur vereinbart war, durchaus zufrieden geben werde. Ob ferner die Herren Mormann, Bayer, Haußmann, Mugdan usw., die jetzt Herrn Raumann so kräftig sekundieren, nicht doch den Hintergedanken nähren, erst kräftig die freisinnige Reklamekampagne zu blasen, um schließlich mit allem Tamtam das „Erreichbare“

zu akzeptieren, dafür möchten wir wenigstens die Hand nicht ins Feuer legen!

Wir sehen also, daß der Freisinn als solcher die Behauptungen der „Fränk. Tagespost“ gar nicht in Abrede stellen kann, da sie durch öffentliche Dokumente freisinnigen Ursprungs belegt sind! Er würde das vielleicht auch gar nicht gewagt haben, wenn nicht die „Fränk. Tagespost“, statt einfach diese unbestreitbaren Tatsachen festzustellen, ihrem an sich dankenswerten Appell an die Klüßigkeit und die Wachsamkeit der Genossen den etwas sensationellen Charakter einer „Enthüllung“ gegeben hätte.

Wenn übrigens die „Fränk. Tagespost“ die Frage aufwarf: „Sollen wir den freisinnigen Spekulanten das Feld überlassen?“, so erscheint uns auch diese Apokryphenrede der Partei ein wenig übertrieben.

Alle die Tatsachen, die wir in unseren Ausführungen wiedergaben, haben z. B. im „Vorwärts“ nicht nur Erwähnung, sondern auch ihre politische Würdigung gefunden. So schrieb der „Vorwärts“ am 6. Juli:

„Der Freisinn will ruhig abwarten, ob die Regierung ein Reformgesetz einbringt. Einstweilen verlegt er sich aufs Hoffen und Harren. Löst die Regierung ihre völlig unverbindlichen Zusagen nicht ein, so gewährt ihr der Freisinn eine weitere Karenzzeit. Bringt sie aber irgend eine Spottgeburt von Reform ein, so salbirt der Freisinn sein „liberales“ Gewissen damit, daß diese Reform zwar den freisinnigen Forderungen keineswegs entspreche, aber doch immerhin einen „fortschritt“ darstelle. Als ob der Freisinn nicht gerade die Pflicht habe, auf eine den freisinnigen Forderungen entsprechende Reform zu dringen! ... Oder liegt ihm etwa gar nichts an einer demokratischen Umgestaltung des schmachtvollen Dreiklassenwahlrechts? Und wollen sich die freisinnigen Arbeiter diese jämmerliche Diplomatie, bei der sie stets die Genossenschaft sind, lammgebildig in alle Ewigkeit hinein gefallen lassen?! —“

Ferner am 23. Juli unter der Spitzmarke „Freisinniger Wahlrechtsverrat“:

„Also keine Wahlreformvorlage erwartet nach dem demokratischen Frankfurt-Organ der Freisinn, sondern nur ein Versprechen der Regierung, im neu gewählten Landtag eine solche Vorlage einbringen zu wollen! Der neue Landtag würde dann abermals auf Grund des Dreiklassensystems gewählt werden! Er würde auch eine dementsprechende Zusammenfassung erhalten und für das Zustandekommen einer wirklichen Wahlreform keine günstigeren Aussichten bieten als der gegenwärtige Landtag!“

Die „Fränk. Ztg.“ meint freilich, der Wahlkampf werde im Zeichen der Wahlreform geführt werden können. Jawohl, einer Wahlreform, über die die Regierung bestenfalls einige nebelhafte Andeutungen zu machen geruhen würde. Das würde freilich den bürgerlichen Parteien, dem Zentrum und dem Freisinn, gerade passen. Sie könnten dann abermals das Blaue vom Himmel versprechen, um nachher der jämmerlichsten Fiktion ihre Zustimmung zu geben!

Wäre es dem Freisinn im geringsten Ernst mit der Erhaltung einer wirklichen Wahlreform, so müßte er seine Zugehörigkeit zum Bloch von dem Einbringen einer Wahlreformvorlage bereits in der Landtagsession abhängig machen. Er hätte dann ein wirkliches Urteil über das Maß des Entgegenkommens der Regierung. Er böte dann seinen Wählern die Möglichkeit, ihrerseits zur Frage der Wahlreform Stellung zu nehmen!

Weiterhin aber würde sich dann zeigen, ob die Konservativen wirklich zu Konzessionen geneigt sind, und welche Stellung Rationalisten und Zentrum zur Wahlrechtsfrage einnehmen werden! Entlarvt dabei diese Parteien ihren reaktionären Charakter, so böte der Wahlkampf erst recht Gelegenheit, diese Parteien im Zeichen der Wahlreform energisch zu bekämpfen und damit für den neuen Landtag eine günstigere Zusammenfassung zu erreichen!

Aber der Freisinn will sich allem Anschein nach bei einer unbestimmten und unverbindlichen Erklärung behelfen. Und selbst wenn es der Regierung zurzeit nicht am guten Willen fehlte, daß die Regierung ihre Pläne trotz aller Engagements auch wieder fallen lassen kann, beweist ja das Schicksal der Kanalvorlage.

Der Freisinn steht also im Begriff, die Position der Wahlrechtsfeinde abermals zu fällen! Wollen sich die freisinnigen Arbeiter diese jämmerliche Verrätertat wirklich gefallen lassen?!

So hat der „Vorwärts“ in einer ganzen Reihe größerer und kleinerer Artikel die Haltung des Freisinns gebrandmarkt und ihn gezwungen, schließlich die Parole „entweder Reichstagswahlrecht für Preußen oder Bruch mit der Blockpolitik“ auszugeben. Sache der Sozialdemokratie ist es nun, die Herren Freisinnigen beim Worte zu nehmen! Daneben ist auch mit dem Zentrum ein kräftiges Wortlein zu sprechen. Die sozialdemokratische Presse hat ja auch nunmehr die Kampagne mit dem notwendigen Nachdruck aufgenommen. Die Aktion wird selbstverständlich durch andere Maßnahmen gesteigert werden. Und da sehen wir wirklich nicht die Gefahr, daß wir den „freisinnigen Spekulanten das Feld überlassen.“ Die Sozialdemokratie hat den Freisinn aus seiner diplomatischen Untätigkeit aufgestört, sie wird auch die Führung der Volksbewegung übernehmen. Wenn dann der Freisinn zu guterletzt doch noch der Wahrheit ein Schnippchen zu schlagen sucht, so ist es eben wiederum Sache der Sozialdemokratie, solch dreistem Schwindel das zerstückelnde Zeugnis der Tatsachen entgegenzustellen!

Die Internationale.

V.

Aus

Großbritannien

Berichtet weiter die „Gesellschaft der Fabier“ (Fabian Society):
 „Unsere alte, wenn auch unvollkommene politische Freiheit und die frühzeitige Entwicklung des modernen Industrialismus in unserem Lande haben die Entstehung reiner Klassenorganisationen der Arbeiter hervorgerufen, insbesondere die Genossenschaften (Cooperative-Gesellschaften) und die Trade Unions (Gewerkschaften), und für diese letzteren sogar den Erwerb einer gewissen direkten politischen Macht durch den Eintritt ihrer Führer ins Parlament. Diese Organisationen hatten eine bedeutende Entwicklung erreicht, bevor die aus Deutschland gekommenen Ideen des modernen Sozialismus hatten in die Köpfe der Führer der Arbeiterklasse eindringen können, die, nebenbei gesagt, seit dem Scheitern der Owen'schen Experimente, vollständig in die Reaktion zurückgefallen waren. Während also auf dem ganzen Kontinent die Arbeiterklasse durch den Sozialismus in die Politik eingeführt wurde und im Sozialismus ihren ersten politischen Ausdruck fand, blieb dieser in England — und sieht noch — auf seine erbittertesten Gegner nicht nur unter den Kapitalisten und Aristokraten, sondern unter den Politikern der Arbeiterklasse, unter den Führern der reinen Arbeiterklassenorganisationen, die im höchsten Maße Klassenbewußtsein haben, aber deswegen keineswegs dem Sozialismus geneigt sind.“

„Daher kommt es, daß die F. S. (Fabian Society), eine Gruppe von Sozialisten, die sich ursprünglich zu Zwecken der Ausbildung und der Propaganda vereinigt hatten, und die es bis auf den heutigen Tag ablehnt, eine ihre Mitglieder bindende politische Haltung einzunehmen, sich nicht nur seit ihrer Gründung im Jahre 1884 erhalten hat — und somit älter ist als die anderen rein sozialistischen Gruppen, die in England noch existieren —, sondern in diesen letzten Jahren ihre Mitgliedszahl, ihren Einfluß und ihre Tätigkeit rapide hat wachsen sehen.“

„Das große Werk der Gesellschaft war die Ausbildung zuerst ihrer Mitglieder, dann der übrigen. Sie ist überzeugt, daß der Sozialismus — wie es eines ihrer neuesten und am meisten bekannten Mitglieder kürzlich erklärte — weder vor 25 Jahren noch seither als ein vollkommenes Evangelium offenbart worden ist. Der Sozialismus ist ein Glaube, der sich fortentwickelt und wechelt. Er wechelt in dem Maße, wie wir klarer lernen, was getan werden muß, um unser Ziel zu erreichen; er schreitet fort in dem Maße, wie wir immer vollständiger das, was die ideale Gesellschaft wahrscheinlich werden wird, sowie die Veränderungen, welche die von uns erstrebten ökonomischen Umwälzungen an der Gesellschaftsform hervorbringen werden, verwirklichen.“

„Die Geschichte und der Fortschritt des Sozialismus, soweit er in England durch die F. S. repräsentiert wird, ergeben sich demnach weit besser aus der schrittweisen Entwicklung der sozialistischen Ideen und dem Resultat der Anwendung des Sozialismus auf einzelne bestimmte Probleme, als aus Statistiken über die Zahl der Mitglieder oder über Wahlen.“

„An den politischen Kämpfen haben unsere Mitglieder im Rahmen anderer Parteien teilgenommen. Die F. S. beteiligte sich im Jahre 1900 an der Gründung der Labour Party und zählt unter ihren Mitgliedern gegenwärtig den Vorsitzenden der Partei im Hause der Gemeinen, den Vorsitzenden des Exekutiv-Ausschusses und drei andere Mitglieder der Partei im Parlament, während vier als Liberale gewählte Abgeordnete ebenfalls in ihrer (der F. S.) Mitgliedsliste verzeichnet sind.“

„Weil sie keine politische Partei ist, kann die Fabier-Gesellschaft einen rein sozialistischen Standpunkt einnehmen bei der Kritik der anderen Parteien und bei ihren Versuchen zu Anwendungsvorschlägen. Sie braucht auf Wahlen keine Rücksicht zu nehmen und kann sich Zeit lassen zum Überlegen, bevor sie sich über Fragen der laufenden Politik äußert.“

„Eigentümlich ist in der F. S. das Vorherrschen der Mittelklasse. Die Arbeiterklasse ist stets willkommen gewesen und ein gut Teil der Mitglieder besteht aus Führern der Trade-Unions und anderen Arbeitern. Aber die Führer, die Masse der Mitglieder und die Methoden sind stets der Mittelklasse entnommen worden und niemals hat man versucht, daran etwas zu ändern. Es ist in der Tat eine Organisation, die den Zweck hat, die Bildung und die Verwaltungskenntnisse der oberen Klassen dem Proletariat zur Verfügung zu stellen.“

„Die Mitgliederzahl der F. S. muß den großen Organisationen Frankreichs und Deutschlands lächerlich schwach erscheinen. Sie erklärt sich daraus, daß die F. S. nicht, wie andere Gruppen, auf die Werbung von Mitgliedern ausgeht. Nur wer aktiver Propagandist werden oder die F. S. direkt unterstützen will, kann Mitglied werden. Mit einem Wort, die F. S. arbeitet für den Sozialismus und nicht für die Vergrößerung der F. S. Sie gibt die Notwendigkeit zu, die kapitalistischen Regierungen dahin zu bringen, ihre (der F. S.) Maßregeln anzunehmen, bis zu dem Augenblick, wo im Parlament eine sozialistische Mehrheit vorhanden ist.“

„Von 730 im Jahre 1904 ist die Zahl der Mitglieder auf ungefähr 1400 gestiegen und die Einnahmen von 1167 Pf. Sterl. (33 340 M.) auf 1820 Pf. Sterl. (36 400 M.).“

„Dieser Zuwachs stammt nicht allein aus London. Er ist besonders auffällig in mehreren Provinzialstädten wie Glasgow und Manchester gewesen, und die wichtigste charakteristische Tatsache ist vielleicht die Ausbreitung der Bewegung in den Universitäten, deren Bevölkerung sich in England noch hauptsächlich aus den Söhnen und Töchtern der reichen aristokratischen Familien zusammensetzt. Da die F. S. sich hauptsächlich aus der Bourgeoisie rekrutiert, so legt sie großes Gewicht auf die Organisation der Mittelklassen und betrachtet deren Velehrung und Mitarbeit als einen unentbehrlichen Teil der sozialistischen Politik.“

„Der wichtigste Teil des Wertes der F. S. war und ist noch, den theoretischen Sozialismus in praktische Gesetzesvorschläge oder Verwaltungsentwürfe umzusetzen, und sie bemüht sich, die Regierung, die gerade am Ruder ist, zu deren Annahme, oder die Opposition zu deren Vorlegung zu veranlassen. Die Arbeiten der F. S. stehen ebenso gut der konservativen Partei zu Diensten wie der liberalen und der Labour Party.“

„Es mag für den Kongreß von Interesse sein, daß Sidney Olivier, Mitglied der F. S., der auf dem Internationalen Kongreß zu Zürich Sekretär der britischen Sektion war und seit mehreren Jahren in der englischen sozialistischen Bewegung eine hervorragende Stelle einnahm, zum Gouverneur von Jamaica ernannt worden ist, d. h. zu einem der wichtigsten Ämter im Kolonialdienst, mit welchem Einkünfte verbunden sind, welche die der meisten englischen Minister übersteigen.“

„Die „Arbeitspartei“ (Labour Party), „Komitee für die Vertretung der Arbeit“, berichtet:

„Seit dem Kongreß von Amsterdam, dem das „Komitee für die Vertretung der Arbeit“ beizuhören, ist der Name der Organisation umgeändert worden in „Labour Party“.“

*) Vergl. Nr. 180 des „Vorwärts“.

Eine Tabelle zeigt, daß seit der Gründung im Jahre 1900 die Zahl der beteiligten Gruppen und deren Mitglieder wie folgt gewechselt haben:

Trade-Unions gestiegen von	41 auf	174 Gruppen
	338 070	974 604 Mitglieder
Gewerkschafts-		
partelle	7	83 Gruppen
Sozialistische Vereine		
gefallen	8	2
Sozialistische Vereine		
gefallen	22 861	20 885 Mitglieder
Insgesamt gestiegen	875 931	997 695

„Da die Organisation ein Bund ist, so wird das Exekutiv-Komitee von den auf den jährlichen Kongressen vertretenen Sektionen ernannt und nicht von den Delegierten insgesamt gewählt. Die Partei setzt sich zusammen aus Trade-Unions, sozialistischen Vereinen, lokalen Arbeitervereinen und Genossenschaften.“

„Zur Wahl von 1900 stellte die Partei 15 Kandidaten auf, die insgesamt 62 698 Stimmen erhielten, aber nur 2 kamen ins Parlament. Durch Nachwahlen wurde diese Zahl verdoppelt. Zur allgemeinen Wahl von 1906 stellte die Partei 50 Kandidaten auf und erzielte insgesamt 328 195 Stimmen und 30 Abgeordnete.“

„Die wichtigste parlamentarische Arbeit der Partei im Jahre 1906 war die Ausarbeitung eines Gesetzes, welches den Trade Unions in ihren Arbeitskonflikten Garantien geben und ihre Kosten gegen die Angriffe der Unternehmer sicherstellen soll. Die Partei brachte ihren Gesetzentwurf über diesen Gegenstand zur selben Zeit ein, als die Regierung weniger befriedigende Maßregeln vorschlug, und es gelang der Partei durch ihren Einfluß, den Regierungsentwurf derart zu verbessern, daß er mit den Ansichten der organisierten Arbeiter übereinstimmt. Ein anderer von der Partei mit Erfolg eingebrachter Gesetzentwurf erlaubte, die notwendigen Mittel zu beschaffen, um den bedürftigen Schülern in England und Wales die Nahrung zu sichern. Die Bemühungen, um die Tragweite der Auswirkung des Gesetzes über die Unfälle bei der Arbeit auszudehnen, waren gleichfalls von Erfolg gekrönt.“

„Zum Schluß zählt der Bericht noch eine Reihe von parlamentarischen Arbeiten auf, welche die Partei teils schon in Angriff genommen hat, teils demnächst in Angriff zu nehmen gedenkt. Darunter befinden sich Gesetzentwürfe zur Festlegung eines Minimallohns von 30 Schilling (zirka 30,50 M.) pro Woche und zur Heraussetzung des schulpflichtigen Alters.“

Die marokkanische Affäre.

Western versichert Frankreich, wie der aus Paris depechierte Auszug aus der französischen Note an die Mächte zeigt, daß es in seinen Maßnahmen gegen Marokko nicht über die Schranken des Algeciratabkommens hinausgehen und die Souveränität des Sultans respektieren werde — heute versichert eine offiziöse Berliner Meldung der „Köln. Zeitung“, daß die deutsche Regierung diese Versicherung mit Entgegenkommen aufgenommen und alles Vertrauen zu ihr hat. Die eine Versicherung ist soviel wert wie die andere — nämlich gar nichts. Der Gang der Dinge wird durch solche Kundgebungen nicht bestimmt.

Bisher hat das Bombardement von Casablanca noch keine weiteren Fremdenmorde in anderen Orten des Landes gezeigt. Die Versicherungen der Einwohner, daß es dahin kommen werde, sind indes sehr reger, wie die folgenden Meldungen zeigen.

Tanger, 8. August. Die Mitglieder der europäischen Kolonie sind durch das Ausbleiben von Nachrichten aus Casablanca beunruhigt. Unter dem Stamm der Andalusier herrscht große Erregung. Für heute ist eine Versammlung der Führer dieses Stammes einberufen. Man glaubt, daß diese Versammlung über die künftige Haltung angefaßt der Ereignisse in Casablanca Beschlüsse fassen wird. Die europäische Kolonie in Tanger beklagt sich darüber, daß zurzeit außer dem italienischen Kriegsschiff „Etna“ kein anderes im Hafen anwesend ist. Eine Reihe europäischer Staatsangehöriger hat infolgedessen an ihre Vertreter Petitionen mit der Bitte um Entsendung von Kriegsschiffen gerichtet.

Tanger, 7. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Mohammed el Torres hat den Gesandten mitgeteilt, daß er für die Sicherheit der Europäer außerhalb der Stadt nicht verantwortlich sei. Die Eingeborenen seien über das Bombardement von Casablanca sehr erregt.

Paris, 7. August. Aus Tanger wird gemeldet: Der französische Geschäftsträger Graf Saint-Aulaire begab sich zu dem Vertreter des Sultans, um ihn über den Charakter des Bombardements von Casablanca aufzuklären und ihm mitzuteilen, daß die marokkanischen Behörden für die geringsten Angriffe gegen die französischen Staatsangehörigen in Tanger verantwortlich gemacht werden würden. Der Vertreter des Sultans drückte dem Grafen das lebhafteste Bedauern über die Vorkommnisse in Casablanca aus. Der französische Geschäftsträger hat ferner eine entschiedene Note an den Sultan nach Fez gerichtet. Sie legt dar, wie die französischen Soldaten in einem Hinterhalt gelodet wurden, und gibt einen Bericht über die weiteren Ereignisse. Der Geschäftsträger forderte ferner den Nachen auf, die marokkanischen Behörden von Casablanca dringend den Auftrag zu erteilen, sich unter den Befehl des Kommandanten der französischen Landungstruppen zu stellen und denselben ihren Beistand zu leisten, damit er die notwendigen Strafmaßnahmen treffen könne; 2. in wirksamer Weise über die Sicherheit der Franzosen in Fez und im Innern des Landes zu wachen; 3. die Erfüllung der anlässlich der Ermordung des Dr. Mauchamp versprochenen Genugtuung zu beschleunigen; 4. die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Anwendung der durch die Algeciratatsatz vorgeesehenen Reformen zu sichern.

Tanger, 8. August. Der Pascha machte gestern Abend eine Ausfahrt und ließ alle Eingeborenen verhaften, welche Drohungen gegen die Franzosen ausstießen. Den Schuldigen wurden die Lippen und Zähne mit Pfeffer eingerieben, worauf sie 100 Hiebe mit einem Lanze erhielten. Der Kriegsminister hat 200 verfügbare Soldaten in der Umgegend aufgestellt. Privatpersonen können diese Kosten nur nach Vorzeigung eines Passierscheines passieren. Aus Larache werden ebenfalls Unruhen gemeldet.

Ueber das Bombardement von Casablanca wird noch berichtet:

Tanger, 8. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein aus Casablanca hier angekommener Dampfer meldet, daß bei seiner Abfahrt das Bombardement noch fortgedauert habe. Die Franzosen hätten gestern 2000 M an n gelandet. Da man an Bord der Schiffe auf der Reede ununterbrochen Tag und Nacht Schüsse höre, werde offenbar noch in den Straßen gekämpft. Das jüdische Stadtviertel sei von den Mauren geplündert und viele Juden seien getötet worden. Die Europäer seien alle in Sicherheit, die Mehrzahl von ihnen befände sich an Bord der Dampfer, andere in den von französischen und spanischen Matrosen bewachten Konsulaten. Ein Augenzeuge bestätigt, daß die spanischen Marinetruppen eine glänzende Haltung zeigten. Die Stadt stehe in Flammen oder sei zerstört. Die Landbatterien hätten auf die Schiffe gefeuert, seien aber sofort zerstört worden. Die Granaten seien ununterbrochen in Gruppen von Kabulen am Strand und auf dem umgebenden Gelände eingeschlagen. Fünf französische Kriegsschiffe und

ein spanisches lägen auf der Höhe von Casablanca, drei andere hätten heute Tanger passiert und seien weiter nach Süden gedampft. Die Straßen von Casablanca sollen voll toter Marokkaner sein. Alle Läden seien geschlossen, die Armen litten großen Mangel. Die Konsula hätten Anweisung gegeben, alle Läden wieder zu öffnen und Preise für Nahrungsmittel festgesetzt. Nachrichten aus Rabat zufolge hätten die dortigen Kabulen dem Gouverneur fünfzehn Tage Frist gegeben, innerhalb deren der französische Konsulatschef entfernt werden soll. Im Falle, daß es nicht geschehe, würden sie die Stadt angreifen. Augenblicklich sei dort alles ruhig.

Das Fiasko der Pinkertons.

New York, 29. Juli. (Sig. Ver.)

Haywood ist freigesprochen! So verkündeten am gestrigen Sonntagnachmittag die Extrablätter, die an allen Straßencken feilgeboten wurden und namentlich in den Arbeitervierteln reichenden Absatz fanden. Was nur wenige erwartet, war zur Tatsache geworden: Haywood verließ als freier Mann den Gerichtssaal in Boise (Idaho). Vor achtzehn Monaten erfolgte seine Verhaftung. Ein Prozeß fand seine Verurteilung, der elf Wochen lang die Öffentlichkeit in hohem Maße beschäftigte, über den die gesamte Presse des Landes täglich spaltenlange telegraphische Berichte veröffentlichte und der mehr denn irgend ein Ereignis während des letzten Jahrzehnts die Bürgerchaft des Landes in zwei Heerlager spaltete: in das der verbrecherischen Grubenkapitalisten und aller mit ihnen verbündeten kapitalistischen Interessen und der von diesen abhängigen Kreise und das der Arbeiterschaft als Gesamtheit. Selten traten in der Beurteilung eines Prozesses die Gegensätze so scharf hervor, selten machte sich das erwachende Klassenbewußtsein der amerikanischen Arbeiterschaft in solchem Grade bemerkbar, wie gerade im Fall Haywood. Und je weiter die Verhandlungen in Boise fortschritten, je mehr Beweise für die Verharmlosung der Grubenkapitalisten durch die Werkzeuge der Grubenbesitzer und über die tatsächlichen Absichten der Grubenherren, nämlich die Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, zutage gefördert wurden, je unerschämter mit jedem Tage die kapitalistische Presse wütete und die Schuld des Angeklagten als über jedem Zweifel feststellend darstellte, um so mehr wandten sich die, anfangs recht lauen, Sympathien selbst der konservativen amerikanischen Gewerkschaften dem Angeklagten Haywood zu und dokumentierten sich durch reiche Zuwendungen zum Verteidigungsfonds.

Hatte der Fall Haywood schon in seinen Anfängen gezeigt — so bei der Verhaftung Haywoods, Rogers und Pettibones und deren Auslieferung aus Colorado nach Idaho und so bei der Sanktionierung dieses widerrechtlichen Verfalls durch alle Gerichtsstellen —, wie willfährig die Behörden und Gerichte gegen alle Wünsche des Grubenkapitals sind, so erbrachte die Verteidigung im Laufe des Prozesses den unwiderleglichen Beweis für die treue Verbindung zwischen den Grubenbaronen, den Staatsbehörden und dem Episkopat zum Zwecke der Vernichtung der Western Federation of Miners (Vergewerksverband des Westens). Kein Mittel war diesem Dreigestirn zu schlecht, keine Tat, nicht einmal der Mord, zu gemein, um sie nicht direkt oder indirekt zum Schaden der Federation of Miners anzuwenden oder zu verüben. Dort in Boise wurde während der letzten drei Monate Geschichte gemacht. Und darin liegt die Bedeutung des Prozesses, der unzweifelhaft ein Wendepunkt in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung der amerikanischen Arbeiter sein wird.

Ein Triumph der Arbeiterschaft und erst recht ein Triumph der Sozialisten, die die Führung in dem Kampf um Haywoods Recht übernommen hatten! So lautet das übereinstimmende Urteil über den Ausgang des Prozesses, und ingrimmig müssen selbst die verbissensten kapitalistischen Organe diesen Triumph der sozialistischen Partei bejähren. Vergebens war das monatelange Fälschen vor und während des Prozesses. Auch vergebens die großen Aufwendungen an Geld, die das Engagieren Tausender Privatdetektive zum Fabrizieren von Beweismaterial erheischte, vergebens das geschickte „Gefährnis“ des Hauptzeugen und Massenmörders Harry Orchard, vergebens das frühere ungehörige Eingreifen des Präsidenten Roosevelt gegen den „unerwünschten Bürger“ Haywood. Umsonst hatte man die Geschworenensbank nur mit Farmern besetzt, umsonst hätte Richter Wood während der ganzen Dauer des Prozesses in standalös einseitiger Weise seine Entscheidungen getroffen. Haywood ist des ihm zur Last gelegten Verbrechens (der Anstiftung zur Ermordung des früheren Gouverneurs Steunenberg) nicht schuldig, lautete der einstimmige Wahrspruch der zwölf Geschworenen.

Schlimmstenfalls hätte die Staatsanwaltschaft und mit ihr der ganze Küngele eine Nichteinigung der Geschworenen erwartet. Ja selbst die optimistischsten Freunde des Angeklagten rechneten kaum mit der Möglichkeit eines absoluten Freispruchs. Freilich hatte die Beweisaufnahme, abgesehen von den Aussagen des Schurken Orchard, nichts Befriedigendes ergeben, aber das ganze Verfahren, der Haß aller jener, „die etwas haben“, gegen die Organisation der Vergewerks und ihrer Führer, die Verletzung der Jury durch dem Angeklagten höchst feindselig gestimmte Leute, all dies ließ nichts Gutes erhoffen. Um so lauter deshalb der Jubel der Arbeiter auf der einen Seite, und um so niedriger geschmetterter die andere Seite. „Der Wahrspruch ist für mich und sicher auch für alle Bürger, die die Prozeßverhandlungen verfolgt haben, eine große Ueberraschung“, sagte Gouverneur Gooding von Idaho. Und sein Kollege, der Gouverneur Proboddy von Colorado, gab ebenfalls seinem Aerger über die Freisprechung Haywoods Ausdruck. Empört sind ferner die Grubenbesitzer, die kapitalistische Presse und natürlich auch Roosevelt, nur hat sich der letztere bisher geschützt, seinen sonst so großen Mund aufzutun. Vergerlich ist auch ein deutscher Professor namens Hugo Münsterberg, der an der Harvard Universität leht und bisher mehr durch sein Ariechen nach drüben und sein Klatschen vor haben als durch seine wissenschaftliche Befähigung bekannt geworden ist. Dieser deutsche Professor — natürlich mußte es ein deutscher Professor sein — war im Auftrage einer Wochenschrift nach Boise gefahren und hatte dann der Welt verkündet, daß Orchard nach seiner wissenschaftlichen Meinung die Wahrheit gesagt hat.

Das günstige Resultat des Prozesses ist nicht zum geringsten der äufferst geschickten und aufopfernden Verteidigung durch die zwei Hauptanwälte (insgesamt waren zehn Anwälte engagiert) Richardson und Darrow zu danken. Während der erstere sich in seinem Plaidoyer mehr auf die juristische Seite der Sache beschränkte und das Lügengewebe der Staatsanwaltschaft zerriß, behandelte Darrow mit einem lobenswerten Feinsinn den eigentlichen Zweck des Prozesses, entwarf ein fesselndes Bild von den jahrelangen Kämpfen zwischen Grubenkapital und Grubenarbeitern und machte den Farmern auf der Geschworenensbank klar, daß die Prozeßierung Haywoods nur eine Episode dieses Kampfes zur Akrithierung des Vergewerksverbandes ist. Darrow hat nicht um Milde, er appellierte nicht an das gute Herz der Geschworenen, sondern erklärte ihnen, daß, wenn sie Haywood freisprechen, dieser nach Denver zurückkehren, seine frühere Tätigkeit wieder auf-

nehmen und wiederum „Arbel“ machen, das heißt, im Interesse der Arbeiter weiterkämpfen werde. „Ich will keinen Kompromiß-Wahrspruch“, erklärte Darrow im Laufe seiner Rede, „und wäre Ihnen nicht dankbar, wenn Sie ihn vielleicht der Körperverletzung schuldig sprechen, und er dann zu 5 Dollar Strafe verurteilt wird. Entweder spricht William Haywood frei oder spricht ihn schuldig der Anstiftung des Mordes und hängt ihn. Manchen Strauß mit seinen Feinden, die hier, in diesem Gerichtssaale Jagd auf ihn machen, hat er ausgefochten. Auf offenerm Schlachtfelde ist er ihnen entgegengetreten! Er ist kein Feigling. Ruh er sterben, so wird er sterben wie er gelebt, das Gesicht dem Feinde entgegen.“ Darrow ließ die zwölf Geschworenen nicht im Zweifel, was man von ihnen wünscht und was sie tun müssen, wenn sie sich das Lob aller Handen erwerben wollen, er sagte ihnen aber auch andererseits, daß sie auf die Stufe der Grubenbarone heruntersinken und, wie diese, zu Märtyrern werden, wenn sie Haywood dem Galgen überliefern. Diese Offenheit verfehlte nicht ihre Wirkung.

Haywood ward frei. Der „unerwünschte Bürger“, wie Roosevelt seinerzeit Haywood genannt, hat über alle seine Feinde triumphiert. Zunächst wird er eine Tour durch die Vereinigten Staaten unternehmen und der Arbeiterschaft persönlich seinen Dank aussprechen. In New York soll er schon nächste Woche in einer Riesensammlung reden. Dann wird Haywood, einer der fähigsten Köpfe unserer Bewegung, nach Denver in Colorado zurückkehren und seinen Posten als Sekretär und Schatzmeister der Western Federation of Miners wieder übernehmen, die gerade wegen der zahllosen Verfolgungen ihrer Führer in letzter Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Und im nächsten Jahre beim Kampf um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten wird Haywood voraussichtlich der Kandidat der Sozialistischen Partei sein. So wenigstens wünschen es nach heute eingelaufenen Depeschen die Parteioptionen verschiedener Städte.

Ob Royer und Pettibone, die Mitangeklagten Haywoods, nunmehr nach der Freisprechung des „schwersten Belasteten“ auf freien Fuß gesetzt oder ob sie prozessiert werden, steht zur Stunde noch nicht fest.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. August 1907.

Arbeitslohn und Lebensmittelverteuerung.

In den vom Professor Hans Delbrück herausgegebenen „Preussischen Jahrbüchern“ beschäftigt sich Herr Dr. Karl Schürmann, Berlin, in einem „Arbeitslohn und Teuerung“ überschriebenen Artikel mit der Steigerung der Lebensmittelpreise in ihrem Verhältnis zur Steigerung der Arbeitslöhne. Er gelangt zu folgendem Resultat:

Entsprechend dem großen Bedarf an Arbeitskräften, sind die Löhne während des verfloffenen Jahres fast in allen Industriezweigen erheblich gestiegen. Soweit in den Berichten der Regierungs- und Gewerbeämter zahlenmäßige Angaben gemacht sind, betragen die Lohnsteigerungen gegen das Jahr 1905 im Durchschnitt etwa 10 Proz. In einigen Gegenden geht diese Ziffer weit über das Durchschnittsmoß hinaus. So beliefen sich die Lohnsteigerungen im Regierungsbezirk Magdeburg bis auf 25 Proz., Koblenz bis auf 20, Hannover und Münster bis auf 15 und in den Textilfabriken des Regierungsbezirks Erfurt bis auf 18 Proz. In dem Gewerbeaufsichtsbezirk Essen betragen die Lohnsteigerungen im Durchschnitt 5 Proz., in der Industrie der Steine und Erden einschl. der Ziegeleien 5 bis 8, in der Metall- und Maschinenindustrie 6,3 bis 8, in der chemischen Industrie 4 bis 8 und in der Textilindustrie 7 bis 16 Proz.

Herr Dr. Schürmann untersuchte dann die Preissteigerungen verschiedener Nahrungsmittel und Wohnungsmieten und faßt sein Ergebnis in folgende Worte zusammen:

Eine sehr bedauerliche Erscheinung bei der augenblicklichen Lage ist ferner, daß trotz der großen Opfer der Unternehmer die Arbeiter mancher Industriezweige eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die zu jenen Opfern im rechten Verhältnis steht, nicht erreicht haben. Die Lebensmittelverteuerung und die stetige Steigerung der Wohnungsmieten haben eben den Mehrerwerb nicht nur absorbiert, sondern in einzelnen Fällen auch keinen Ausgleich ermöglicht. Wenn dieses schon von dem allgemein besser gestellten Industriearbeiter gilt, der sich durch seine erhöhten Lohnforderungen einigermaßen schadlos gehalten hat, so muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich die wirtschaftliche Lage derjenigen, welchen eine Einkommenserhöhung unzureichend war, namentlich der Heimarbeiters nicht verschlechtert hat. All dieses ist ein Grund zu der Befürchtung, daß die Unzufriedenheit des Arbeitnehmers, welcher die Sachlage nur einseitig von seinem Standpunkte aus beurteilt, trotz des besseren Verdienstes und der verkürzten Arbeitszeit noch größer geworden ist. Mehr als von dem Standpunkte des Arbeiters sollte aber die hier behandelte Bewegung vom Standpunkte des Unternehmers und unserer gesamten Industrie Anlaß zu ernstlicher Betrachtung geben.

Deutsche Professoren.

Professor Werner Sombart veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse“ ein Charakterbild des von einem großen Teil der Hochschullehrer angefeindeten Ministerialdirektors im Kultusministerium Dr. Althoff, in welchem er den letzteren als eine originelle Prachtfigur, als eine eminent begabte, weitsichtige, großzügige Persönlichkeit feiert und ihn als eine „Kreuzung von Rommer und Südranzose“ bezeichnet. Doch nicht diese Verteidigung des Herrn Althoff ist das Interessanteste an dem Artikel, sondern einige Bemerkungen, in denen Herr Professor Sombart das künftige deutsche Professorentum schildert, wie er es kennen gelernt hat:

„Was also hat er den Universitäten angetan? Oder vielmehr zubörderst: den Professoren? Er hat sie (sagt man) en canaille behandelt. Das wird wohl stimmen. (Ich selbst habe etwas davon gemerkt.) Fragt sich nur, ob ihn darum ein Vorwurf trifft. Althoff weiß ganz genau, wen er vor sich hat. Und wenn er merkt, daß sich sein Visavis nichts bieten läßt, so ist er der höflichste Mensch, den man sich nur vorstellen kann. Wer es sich gefallen läßt, daß man ihn zwei Stunden in der bekannten Dunkelkammer (die man im preussischen Kultusministerium zum Wartezimmer für die Professoren bestimmt hat) warten läßt, über die für seinen Besuch vereinbarte Zeit hinaus, der kann sicher sein, daß er das nächste Mal vier Stunden sitzen muß. . . . Aber man wirft Althoff weit mehr vor, nicht nur, daß er die Professoren zum Strammstehen erzogen hat; er soll die Universitäten selber geschädigt, soll ihr Niveau herabgedrückt haben. Ganz besonders dadurch, daß er immer mehr den Beamtencharakter der Dozenten betont, sie als beliebig verwechselbar qualifiziert habe; daß er bei Berufungen immer weniger Rücksicht auf die Vorschläge der Fakultäten genommen habe, und ähnliches mehr. Zunächst ließe sich wieder fragen: Warum haben sich die Universitäten das gefallen lassen? Das Ende jedes Kon-

flikts ist stets gewesen: laudabiliter se subiecerunt. Und mir ist nicht bekannt geworden, daß je eine Fakultät über ein paar Entrüstungsschreiben hinausgekommen ist, wenn ihr irgendein mißlicher Dozent gegen ihren ausdrücklichen Wunsch oktroyiert wurde. Und es gäbe so wirksame Mittel, als die den herrschsüchtigsten Ministerialdirektor kirre zu machen. Warum hat man es in unserer Zeit der Arbeitseinstellung nie mit dem Streik versucht? Ich glaube, Althoff hat tiefer geschaut als die, die ihn jetzt kritisieren, und die Zeit wird ihm recht geben. Er hat eingesehen, daß das reine Beamtenverhältnis jetzt das der Professorenstellung einzig angemessene ist. Er hat gesehen, daß die Sonderstellung, die sich die Professoren noch immer so gerne vindizieren, mit ihrer Eigenart ganz und gar nicht mehr verträglich ist, daß sie sich anderen Beamtenkategorien gegenüber damit etwas anmaßen, das ihnen nicht zukommt.“

Dann geht Herr Sombart auf die Entwicklung der Universitäten in den letzten Jahrzehnten ein und schreibt:

„Es ist kindlich, zu glauben, daß die Universitäten heute so sind, wie sie sind, weil Althoff sie dazu gemacht hat. Auch Althoff konnte nichts anderes tun, als die im stillen vollzogene Wandlung der Verhältnisse äußerlich zur Anerkennung zu bringen. Und damit haben wir auch schon die Antwort auf die Frage gefunden, was denn nun kommen werde, wenn Althoff geht. Es gibt wirklich Leute, die glauben, die Professorenstellung werde sich dann emporrichten zur Mannesgröße, wie der Eichbaum, wenn der Sturm über ihn hinwegbraust ist; die glauben, die Universitäten werden von Sternen erster Größe besiedelt werden. Du meine Güte! Nichts wird sich ändern in dem „System“. Im Gegenteil, nur schlechter kann es werden. Entweder es bleibt bei der Regierungsaufotografie; dann wird der Nachfolger Althoffs immer ein Zwerg sein gegen einen Riesent. Oder die Fakultäten bekommen das Heft wieder in die Hände. Wer aber meint, daß dann die goldenen Tage für die Universitäten anbrechen werden, der kennt unsere Professoren nur sehr oberflächlich. Das einzige, was sich ändern wird nach Althoffs Abschied, wird dieses sein, daß die paar hervorstechenden Leute, die jetzt noch hier und da eine Professur bekamen, in Zukunft auch noch aus dem Bannkreise der akademischen Lehrer verschwinden werden, die dann ganz unter sich bleiben werden.“

Agrarische Begehrlichkeit.

Die Herren Agrarier sinnen trotz der ihnen durch den neuen Zolltarif garantierten, noch immer steigenden Preise für landwirtschaftliche Produkte auf neue Profite. Sie fordern eine Entschuldung, d. h. eine Verminderung der Schuldenlast ihrer Güter auf Staats- oder richtiger Volkskosten. Auf dem gestern begangenen 23. deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Münster wurde ein vom Verbandsdirektor Dr. Wegener formulierter Antrag zur Veranlassung gestellt, der folgende recht bescheidene Forderungen an den Staat richtet:

„Es muß als geboten bezeichnet werden, daß den genossenschaftlichen Kreditinstituten, welche sich in den Dienst der Entschuldung stellen und in der Folge Mittel dauernd festlegen, durch öffentliche Mittel eine Sicherung bei unvorhergesehener Rückforderung der Einlagen gegeben wird. Außerdem haben Staat oder Provinz nach dem Grundsätze der „Gleichen Leistung“ Mittel für das im volkswirtschaftlichen Interesse erfolgende Entschuldungsverfahren bereitzustellen. Wo es der genossenschaftlichen Kreditorganisation die Verhältnisse aber nicht gestatten, eigene Mittel für die Entschuldung des Grundbesitzes verfügbar zu machen, die Kreditorganisation jedoch bereit ist, eine Mitwirkung bei der Entschuldung zu übernehmen, da muß es dem Staat, der Provinz oder den Grundkreditinstituten überlassen bleiben, die Maßnahmen durch Bereitstellung von Mitteln zu fördern.“

Wie viele Millionen gedenken die Agrarier mit ihrer Selbsthilfsaktion aus dem allgemeinen Steuerfädel zu ergattern? —

Katholische Wibelvorsuchung.

Zu der von Zentrumsblättern veröffentlichten Nachricht, daß im November der Bischof von Paderborn, Dr. Schneider, eine längere Romreise antreten werde, wird der „Voss. Ztg.“ von einem katholischen Geistlichen geschrieben:

„Es ist anzunehmen, daß die Schrift des Professors Dr. Peters am bischöflichen Seminar in Paderborn: „Die grundsätzliche Stellung der katholischen Kirche zur Wibelvorsuchung“ die Veranlassung zu dieser Reise des Bischofs geworden ist. Dr. Peters erklärt in der Vorrede, daß er die Schrift auf besonderen Wunsch seines Bischofs Dr. Wilhelm Schneider herausgegeben habe; er erklärt ferner, daß er die in der Schrift vorgetragene Grundthese unter ausdrücklicher Billigung des jetzigen und des früheren Bischofs von Paderborn, nachherigen Erzbischofs von Köln, Dr. Hubert Sinaur, vortragen habe. Nun lehrt Dr. Peters in der genannten Schrift, daß die Dekrete der römischen Indexkongregation, auch wenn sie vom Papste bestätigt sind, keine innere Zustimmung beanspruchen können. Die Thesen 7 und 8 des neuen Syllabus Bius X. verdammen aber diese Lehre ausdrücklich, wobei erschwerend für Dr. Peters ins Gewicht fällt, daß er dem indizierten Theologen sogar das Recht zuspricht, dem Papste aus dem Schriftwort entgegen zu treten: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Es müßte sonderbar zugegangen sein, wenn die Peterische Schrift nicht längst bei der Indexkongregation denunziert worden wäre, da jeder gute Katholik dazu verpflichtet ist. Der Bischof von Paderborn wird daher von Rom zur Verantwortung gezogen worden sein und gebeten haben, den Schlag gegen Dr. Peters hinauszuschieben, da er zur Verteidigung in Rom erscheinen werde.“

Auf das Resultat braucht man nicht neugierig zu sein. Auch Bischof Schneider und sein Schutzbesitzer werden sich läßlich unterwerfen und einsehen, daß sie „einfältigen Geistes“ waren, als sie ihre Thesen aufstellten. —

Gegen den Wahlgesetzentwurf der sächsischen Regierung.

Die Arbeiterschaft Leipzigs protestierte am Dienstagabend in fünf großen, stark besuchten Volksversammlungen gegen das von der sächsischen Regierung erteilte neue Wahlgesetz. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Referaten wurde in allen fünf Versammlungen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erblicken in dem Wahlgesetzentwurf der sächsischen Regierung den Versuch, den im Jahre 1896 an sächsischen Wahlen begangenen Wahlrechtsraub in veränderter Form zu bereinigen und lehnt ihn daher vordringlich ab.“

Sie verurteilen entschieden, daß dieser Versuch von der Absicht und dem Willen der Regierung geleitet worden ist, der Sozialdemokratie im Landtage die ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung vorzunehmen, und daß durch den Entwurf zugleich der Versuch gemacht wird, die Gemeindepolitik im reaktionären Sinne noch mehr wie bisher zu beeinflussen.

Die Versammelten halten es für ein zwingendes Gebot der Gerechtigkeit, daß die den Staatsbürgern auferlegten Pflichten einen Ausgleich in dem Einflusse des Volkes auf die Gestaltung der Politik schaffen haben muß. Diesen Einfluß des Volkes kann nur das allgemeine Wahlrecht gewähren. Die Versammelten fordern darum erneut die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum

sächsischen Landtag für alle Staatsangehörigen über 20 Jahre und ohne Unterschied des Geschlechts unter Anwendung der Verhältniswahl.“

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Dieser Satz bestreitet sich oft im Militärwesen, z. B. auch bei zwei jüngst abgegebenen Urteilen des Kriegsgerichts in Straßburg. Der ehemalige Musikföhrer Hoppmann vom Infanterieregiment Nr. 132 wurde mit einem Rippenbruch entlassen, der beim Bajonettieren entstanden ist. Er beschuldigte einen Unteroffizier, daß er nach ihm (Hoppmann) gestossen habe, als er mit abgenommenem Bajonettengewehr aufrecht dagestanden habe. Der Unteroffizier bestritt dies. Er wollte auch nicht wissen, daß Hoppmann ihm oder dem Aufsichtsführenden etwas von diesem Rippenstoß gemeldet habe, doch gab er zu, mit Hoppmann sowohl als mit anderen Soldaten kontra gestossen zu haben. Dagegen gestand der Unteroffizier eine andere ihm zur Zeit gelegte Schandthat eines Soldaten ein. Der Rippenbruch wurde schließlich „auf einen Unglücksfall zurückgeführt“ und der Unteroffizier erhielt nur wegen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener in zwei Fällen 6 Tage gefindene Arrest.

Ein Soldat der 1. Batterie des reitenden Feldartillerie-Regiments Nr. 15, der einen Kameraden im Unmut mit dem Geißel einer Leinwand die linke Körperseite geschlagen hatte, daß blutunterlaufene Anschwellungen entstanden waren, erhielt dagegen 10 Tage Gefängnis.

Die Mißhandlung, die der Kamerad am Kameraden verübte, ist gewiß scharf zu verurteilen, sicher aber ist sie nicht schwerer als die Mißhandlungen des Unteroffiziers.

Oesterreich.

Der Wahlrechtskampf in Galizien ist durch die russische Sozialdemokratie eröffnet worden. Die Exekutive hat in 10 000 Exemplaren ein Flugblatt für die Landtagswahl herausgegeben, in dem die Bauern und Arbeiter aufgefordert werden, sich zum Kampf zur Eroberung des Landtags zu rufen. In diesem Flugblatt heißt es u. a.: „In diesem von der Natur so reich gesegneten Lande leben von 7 1/2 Millionen Einwohnern 7 1/2 Millionen in Elend und Entbehrung. In diesem Lande gehen alljährlich 100 000 Menschen an Hunger zugrunde; aus diesem Lande wandern alljährlich 100 000 Menschen nach Amerika aus oder gehen nach Preußen in Arbeit. In diesem Lande können vier Millionen Menschen weder lesen noch schreiben. Und die Rot und die Finsternis werden von Tag zu Tag ärger. Und das alles nur deshalb, damit ein Häuflein von Reichen die Macht behalte, über die anderen zu herrschen. . . .“ Nach den Beschlüssen der Parteikonferenz soll am Tage der Landtagsöffnung oder an einem der folgenden Tage eine Massendemonstration an den Landmarschall und an den Statthalter entsandt werden, die diesen die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht zu entwickeln hat. Ferner soll an dem Tage, an dem die Diskussion über die Landtagswahlreform im Landtage beginnt, ein eintägiger Generalstreik im ganzen Lande durchgeführt werden. —

Frankreich.

Marcellin Alberts Rücktritt.

Paris, 7. August. (Eig. Ber.)

Marcellin Albert, der vielgenannte „Wingertheiland“, hat demissioniert, da die Bevölkerung seines Heimatortes Argeliers sich gegen ihn gewendet, ja ihn sogar als Treubruchigen mit dem Tode bedroht hat. Die letzte Ursache dieser Unpopulartät ist der Besuch Alberts bei Clemenceau, der das Mißtrauen der Winger gegen ihren Führer rege gemacht hat, da der geriebene Ministerpräsident es fertig brachte, den simplen Landmann ordentlich einzufressen und Albert selbst namentlich durch seinen naiven Hundertfranken-Bump beim Regierungschef diesem zu Hilfe kam. Rechte auch die dramatische Szene im Ministerium des Inneren von Albert nicht so schlecht erkennen sein, im Extemporieren war der alte Rime Clemenceau dem Waverdilettanten entschieden über und dieser fand, einmal in Bewirrung gebracht, sich nicht mehr zurecht. Als die Winger, um die von der radikal-sozialistischen Regierungselique betriebene Intrige zu durchkreuzen, den politischen Streik bei den Generalratswahlen in eine Protestabstimmung für Dr. Ferroul verwandelten, die das einzige Mittel war, die Wahl der Winger ihrer Bewegung zu verhindern, verfehlte sich der hartköpfige Bauer auf die alte Parole, und so mußte er bei seiner Rückkehr aus dem Gefängnis einer gänzlich verwandelten Stimmung der von ihm zuerst in den Kampf geführten Massen begognen.

Natürlich gibt dieses Ende der bürgerlichen Presse Anlaß, massenpsychologische Weisheiten über den Wankelmuth der Menge zu verapfen. Der „Radical“ aber, dessen unteres zum Unterstaatssekretär avancierter Redakteur Kaupan seinerzeit für die ganze Wingerbewegung, gerade im Augenblick, da sie zur blutigen Tragödie wurde, nur ein höhnisches Gelächter geholt hat, findet, wahrscheinlich in einer Regung der Dankbarkeit, Marcellin Albert „ein Uneigennütziger und ein Weiser“ und sucht ihn gegen Ferroul, den „bösen Geist“ des Südens auszuspielen. Die Wahrheit ist die, daß aus den der Anarchie der modernen Produktion entsprechenden Massenmühen nicht mit den alten romantischen Mitteln, mit mythischen Suggestionen und Propheetentum ein Ausweg gefunden werden kann. An dieser Aufgabe hätte sich auch eine größere Persönlichkeit das Nützliche gebrochen als der in gutem und schlechtem Sinn einfältige Vater Marcellin Albert. —

Paris, 7. August. Das Justizpolizeigericht beurteilte zwölf Antimilitaristen, welche am 14. Juli, dem Tage des Nationalfestes, nach der Parade von Bongchaups Hochrufe auf die Weutterer des 17. Infanterieregiments ausgebracht hatten, zu Gefängnis und Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 2 Monaten.

Italien.

Mailand, 8. August. In Parma fand gestern ein antilitaristisches Meeting statt, welches mit einem blutigen Zusammenstoß endete. Die Ausrufgeber versuchten, ein Koller zu stürzen, worauf die Polizei einschritt, um die Demonstranten zu zerstreuen. Diese empfingen die Polizisten mit allerlei Beschossen, worauf die Polizei von der Waffe Gebrauch machte. Drei Demonstranten wurden schwer verwundet. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist groß. —

Die russische Revolution.

Zur Einberufung des Gewerkschaftskongresses.

Die seit Auflösung der Duma in Sjena gefestigten Verfolgungen der Gewerkschaften haben die Vorarbeiten für den Gewerkschaftskongress ungemein erschwert. In letzter Zeit wird von vielen großen Verbänden beantragt, die Einberufung des Kongresses auf einige Monate hinauszuschieben. In Anbetracht dessen hat die Organisationskommission auf ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Einberufung des Kongresses bis zum Oktober zu verlagern.

Die provisorische Tagesordnung des Kongresses lautet wie folgt:

1. Der Kampf mit dem ökonomischen Terror; 2. die Begrenzung der Gewerkschaften nach Gewerben und Branchen; 3. russische und Bezirksverbände; 4. Abgrenzung der Gewerkschaften von politischen Parteien; 5. Unternehmerverbände und Ausperrungen; 6. gegenseitige Unterthütung; 7. Gewerkschaften und Genossenschaften; 8. kulturelle Tätigkeit der Gewerkschaften; 9. Vereinbarungsmaßnahmen mit den Unternehmern (Schlichter, arbeiter usw.); 10. Kommunal- und Landtagswahlverwal-

tungen und ihre Beziehungen als Unternehmer zur Arbeiterklasse; 11. Regulierung von Nachfrage und Angebot der Arbeitskräfte; 12. Kampfmittel gegen Arbeitslosigkeit; 13. Feiertagsruhe.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Rußisch-Polen.

Die Gewerkschaftskommission der sozialdemokratischen Partei Polens und Littauens' bereitet einen detaillierten Bericht vor über die Entwicklung und die gegenwärtige Lage der unterstellten sozialdemokratischen Gewerkschaften. Fast alle Gewerkschaften sind in Warschau und Lodz konzentriert; außerhalb dieser Städte existieren bloß 4 Gewerkschaften: im Rayon Dombrowa ein Maurer- (603 Personen) und Bäckerverband (120 Personen), in Tschernochow: ein Metallarbeiterverband (50 Personen) und in Petrowo: ein Handlungsgehilfenverband (54 Personen). Ueber die Gewerkschaften in Warschau und Lodz gilt folgende Tabelle Aufschluß:

Verbände der	Mitgliederzahl im ganzen in Warschau	Mitgliederzahl in Lodz	Klassenbest.	
Textilarbeiter	17 003	600	17 003 Abl.	
Metallarbeiter	2 834	1 864	720 4 142	
Holzarbeiter	1 826	1 206	620 1 467	
Lederarbeiter	2 052	1 554	498 2 684	
Maurer	2 350	1 497	250 2 215	
Handlungsgehilfen	1 782	1 128	600 3 020	
Bäcker	2 419	1 802	497 150	
Transportarbeiter	205	205	— 600	
Schneider	226	226	— 220	
Kellner	854	854	— 176	
Wagenbauer	413	132	180 580	
Hutmacher	31	—	41 350	
Buchbinder	185	153	32 200	
Druckereiarbeiter	320	280	40 600	
Eisenbahner	711	—	— 1 500	
Im ganzen	33 420	11 401	20 481	33 237 Abl.

Keiner dieser Verbände ist legalisiert, weil in der polnischen Sozialdemokratie die Ansicht vorherrscht, daß die Legalisation den sozialdemokratischen Gewerkschaften keinen Nutzen bringen würde. Während ihrer ganzen Existenz haben die Verbände einen erbitterten ökonomischen Kampf geführt, der zum größten Teil bedeutende Erfolge erzielt hat. Insbesondere haben die Lederarbeiter, Bäcker und Schneider bedeutende Erfolge erzielt.

Gewerkschaftliches.

Wieder einmal ein „Terrorismus“-Schwindel.

Die „Freisinnige Zeitung“ schrieb dieser Tage: Die „moralischen“ Zwangsmittel der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Im „Brandenburger Anzeiger“ veröffentlicht ein Arbeiter mit Namensunterschrift dies:

Wie es einem organisierten Arbeiter gehen kann, wenn er nicht mittun, sondern aus dem Verbande ausscheiden will, mag folgender Vorfall zeigen, der mir gestern, Montagvormittag, passiert ist. Im mein Buch zurückzufordern, begab ich mich in die Wohnung des Kassierers des Handels- und Transportarbeiterverbandes, Franz Wähle, Brüderstraße 1. Auf mein Verlangen um Auslieferung des Mitgliedsbuches wurde ich von diesem schroff abgewiesen, und als ich auf die Rückgabe bestand, an die Brust gepackt, zur Erde gedrückt und gemißhandelt, so daß ich im Gesicht mehrfache Verletzungen davontrug. Ueber die erlittenen Verletzungen habe ich mit ein ärztliches Attest ausstellen lassen. Ich übergebe die Kenntnis dieser menschenfreundlichen Behandlung der Öffentlichkeit, vielleicht dient der Vorgang manchem zur Warnung. Anton Porawski, Arbeiter.

Diese Schauermärkte ist bereits in der nächsten Nummer des „Brandenb. Anzeigers“ berichtigt worden, was die „Moral“ der Freisinnzeitung natürlich nicht der Erwähnung wert hält. Nach unserem Brandenburger Parteiblatt hat sich der Vorgang so zugetragen: Porawski ist angetrunken zu dem Kassierer gekommen und hat dessen Erklärung, das Buch bleibe statutgemäß Eigentum des Verbandes, mit wüsten Schimpfreden beantwortet. Aus der Wohnung verwiesen, hat er weiter geläutert und schließlich, als er mit Gewalt hinausgebracht werden sollte, eine Schlägerei angefangen, bei der er allerdings den kürzeren zog. Er ist wegen Hausfriedensbruches angeklagt. Zum Verbleib in der Organisation ist P. nicht aufgefordert worden; der Verband war vielmehr froh, daß er ihn los war, denn Porawski ist die Beiträge meist schuldig geblieben.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Klempner und Installateure!

Die Klempner und Installateure in Bremerhaven befinden sich im Streik. Es wird nun hier in Berlin versucht, durch Agenten sowohl als wie durch Annoncen in der „Berliner Morgenpost“ und anderen Blättern die hiesigen Kollegen zu veranlassen, nach Bremerhaven Arbeit anzunehmen. Wir ersuchen die Kollegen, derartige Angebote zurückzuweisen. Bremerhaven ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der freie Tag der Bäckerstellen.

In der verflochtenen Lohnbewegung der Bäcker rief bekanntlich die Forderung, den Gesellen wöchentlich einen freien Tag zu gewähren, auf den heftigsten Widerstand der Meister. Auch die freie Vereinigung der Bäckermeister, die zur Bewilligung der sonstigen Forderungen bereit war, erklärte sich gegen die Bewilligung des freien Tages und lehnte sogar den Schiedspruch des Gewerbegerichts ab, der nur für Großbetriebe den wöchentlichen Ruhetag festsetzte, während in den kleineren Betrieben nur alle zwei beziehungsweise alle drei Wochen ein freier Tag gewährt werden sollte. Diese Bestimmungen des Schiedspruches wurden dann zur Forderung in der Streikbewegung erhoben und unter dem Druck des Streiks und Wohlwills auch von den Mitgliedern der Freien Vereinigung anerkannt.

Am Donnerstag hatte die Freie Vereinigung eine Versammlung derjenigen Bäckermeister einberufen, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Wie der Referent Fischer sagte, handelte es sich darum, daß die Meister ihre Erfahrungen mit dem freien Tage austauschen. Weiter führte er aus, die Freie Vereinigung sei von Anfang an für Einführung eines freien Tages gewesen, jedoch sei die Bewilligung desselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich, es müsse der freie Tag vielmehr durch Geseh eingeführt werden. Unter dem Druck des Wohlwills hätten ja die Meister in den Arbeitervierteln jetzt den freien Tag bewilligen müssen, aber mit den Ausbülten, die sie für den freien Tag ihres Gesellen annehmen müssen, hätten sie schlechte Erfahrungen gemacht. — Der Vorsitzende der Versammlung machte den Vorschlag, daß eine energische Agitation für die gesetzliche Einführung eines wöchentlichen Ruhetages entfaltet werde. Die gesetzgebenden Körperschaften sollten ersucht werden, die Arbeit in Bäckereien für die Nacht vom Sonntag zum Montag zu verbieten, so daß also der freie Sonntag durch Geseh gewährt werde.

Schneider, der als Vertreter des Bäckerverbandes zu der Versammlung geladen war, bemerkte, daß nicht nur in den Arbeitervierteln, sondern auch im Westen, und zwar von namhaften Bäckereien, die Forderungen im wesentlichen durchgeführt werden, wenn sie auch nicht in aller Form anerkannt seien. Hinsichtlich der gesetzlichen Festlegung des freien Tages er-

klärte sich Schneider im Prinzip mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden. Ohne daß es dieser Anregung bedurfte, werde der Bäckerverband in nächster Zeit in ganz Deutschland eine Bewegung entfalten, die den Zweck habe, die gesetzgebenden Körperschaften um die gesetzliche Einführung eines freien Tages zu ersuchen. Einen bestimmten Tag fordern die Gesellen jedoch nicht, das möge den Meistern überlassen bleiben. Mit Sicherheit sei zu erwarten, daß die Innungen, sobald diese Bewegung beginne, eine Gegenagitation entfalten würden. Die Mitglieder der Freien Vereinigung, die ja auch einer Innung angehören, sollten deshalb auch innerhalb der Innungen für ihre Bestrebungen agitieren und dahin wirken, daß nicht den Scharfmachern die Führung überlassen bleibe.

Die Versammlung beauftragte den Vorstand und Vertrauensmann der Freien Vereinigung, mit der Gesellenorganisation in Verhandlung zu treten, um gemeinsam für die wöchentliche Gewährung eines Ruhetages durch die Gesetzgebung zu wirken, da die unter dem Druck des Wohlwills erfolgte Bewilligung wegen der Schwierigkeit mit den Ausbülten nicht durchgeführt werden könne.

Zur Tarifbewegung im Fliesenlegerberuf.

Wie bei den Fliesenlegern selbst, so ist es auch bei den Fliesenleger-Hilfsarbeitern hinsichtlich der Tarifbewegung zu einem Einvernehmen zwischen der Sektion des Zentralverbandes, der Freien Vereinigung und der christlichen Organisation gekommen, was übrigens im Interesse der Gesamtheit besonders notwendig erschien, weil einzelne Unternehmer bisher immer wieder versuchten, die eine Organisation und ihren Tarifvertrag gegen die andere auszuspielen, zum Schaden der Arbeiter.

Am Mittwoch fand nun eine Mitgliederversammlung der Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter des Bauarbeiterverbandes statt, in der der Sektionsleiter Dräger über die Forderungen berichtete, die von der gemeinsamen Tarifkommission aufgestellt worden waren. Die wichtigsten sind: statt bisher 60 Pf. 70 Pf. Stundenlohn, für ungeübte Arbeiter in den ersten drei Monaten ihrer Tätigkeit im Beruf mindestens 60 Pf.; dann die achtstündige Arbeitszeit statt der neunstündigen, die der alte Tarifvertrag der Sektion enthält. Dazu kommen noch einige andere Vorschläge, die nur wenig von den bestehenden Tarifbestimmungen abweichen, aber eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen herbeiführen sollen. Die Versammlung war im allgemeinen mit den Vorschlägen einverstanden, entschied sich jedoch für eine andere Regelung der Jahrgeldvergütung, und zwar in der Weise, wie es kürzlich schon in der Fliesenlegerversammlung angeregt wurde, daß auch bei der Arbeit im Innern der Stadt das Jahrgeld vergütet wird. — Zur endgültigen Entscheidung über die Forderungen wird demnächst eine gemeinsame Versammlung der in Betracht kommenden Organisationen stattfinden.

Der alte Tarifvertrag läuft am 1. Oktober dieses Jahres ab.

Eine „Berichtigung“.

Die Firma Held u. Franke schreibt uns: „Die in Ihrer Nr. 181 gegebene Schilderung des Unfalles des Maurers Karl Wendt ist in allen ihren Teilen als unwahr zu bezeichnen.“

Der p. Wendt, welcher auf dem Neubau des Beamten-Wohnungsvereins, Martin Lutherstraße, arbeitete, ist nicht von der 4. Etage des Baugerüstes auf den Straßendammbau herabgestürzt, sondern im 1. Stockwerk von einer 1,30 Meter hohen Zimmerkränzung auf den Fußboden herabgefallen. Da der Verunglückte befinnungslos ist und keinerlei Angaben machen kann, so ist anzunehmen, daß derselbe bei Beginn der Mittagspause beim Verlassen der Kränzung von der Leiter herabgestürzt ist und sich so innere Verletzungen zugezogen haben muß. So fanden ihn kurz darauf 2 Arbeiter mit Namen Elmer und Wujakowski vor der Kränzung mitten im Zimmer auf dem Rücken liegend. Dies veranlaßte die sofortige Ueberführung des Verletzten nach der Unfallstation.“

Wir haben die gemeldeten Tatsachen einer Korrespondenz entnommen, der wir die Verantwortung für die Richtigkeit der Darstellung überlassen müssen. Im übrigen ist es gleichgültig, wie der Vorgang sich im einzelnen abspielte. Daß es sich dabei um einen bedauerndwertigen 68jährigen Greis handelte, dem seine Gebrechlichkeit die Arbeitswilligkeit aufzwang, bestreitet die berichtigungslustige Firma nicht.

Achtung, Sattler, Tischler, Portefeuille!

Der Streik bei der Firma Ludwig u. Casparius wegen Nichtanerkennung des Lohntarifes dauert ununterbrochen fort. Die Firma sucht durch alle möglichen Mittel Arbeitswillige zu erhalten, eine Rube, die aber durch einige minderwertige Kräfte, die Portefeuille sein wollen, nicht belohnt wird. Die Fabrikanten lassen es sich angelegen sein, mit den Streikposten des Tags über um die Wette zu streben. Abends werden die „teuren“ Arbeitswilligen durch die Fabrikanten und deren Troß nach Hause gebracht und morgens wieder abgeholt, wozu anständigen Arbeitern gegenüber die Herren zu fein waren. In dem Arbeitswilligen erblicken sie ihren Freund, welcher der Vergeltung wert ist, weil er seinen Arbeitsgenossen in den Rücken fällt. Nebenbei ist auch die Polizei auf sichere Begleitung bedacht; außerdem scheint mancher Hüter der Ordnung die Instruktionen über Streikposten sehr schlecht zu begreifen, da es doch nicht im öffentlichen Interesse liegen kann, wenn Streikposten schikanieren und Angaben der Fabrikanten willig befolgen. Weitere Einzelheiten über die Sachlage in der Fabrik und des Kampfes werden wir später mitteilen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kleber! Die Sperre über Schultz, Kurfürstendamm 167-170 und Kantenerstr. 8, ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter! Bei der Firma Franz Schmidt in Forst sind die Metallarbeiter gesperrt worden. Von vierzehn Tagen waren unsere Kollegen gezwungen, die Arbeit einzustellen, um die in den übrigen Betrieben in Forst erreichten Lohnerhöhungen auch bei Franz Schmidt zur Durchführung zu bringen. Nach zweitägigem Streik erklärte Herr Schmidt, die gestellten Bedingungen erfüllen zu wollen, und wurde daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen. Als die Arbeiter darauf drangen, die gemachten Zugeständnisse, so wie in den anderen Betrieben, schriftlich zu stipulieren, wurde unseren Kollegen ein Schriftstück unterbreitet, in welchem bedeutend weniger bewilligt ist, als bei den Verhandlungen abgemacht war. Die Arbeiter verlangten nunmehr die volle Anerkennung der gegebenen Versprechungen. Die Antwort war die Aussperrung. So halten Unternehmer ihr „Ehrenwort“. Zugang von Metallarbeitern ist fernzubehalten. Deutscher Metallarbeiterverband, S. Bezirk. S. Jernide.

Die Verschmelzung des Handschuhmacherverbandes mit dem der Lederarbeiter ist von der Generalversammlung der entsprechenden Organisation infolgedessen angebahnt worden, als die Verbandsleitung den Auftrag erhielt, mit dem Verbandsausführer „s o f o r t“ Uebereinstimmungen auszuarbeiten und über diese mit dem Vorstand der Lederarbeiter zu verhandeln. Diese Uebereinstimmungen sollten dann den Mitgliedern zur Kenntnis bzw. Annahme durch Abstimmung gebracht werden. Entsprechend diesem Auftrage wurden die Uebereinstimmungen dem Vorstand und Ausschuss des Lederarbeiterverbandes unterbreitet; beide Instanzen erklärten jedoch, daß für die Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit nur die zwischen Ostern und Pfingsten nächstes Jahr stattfindende Generalversammlung kompetent sei.

Die Leitung des Handschuhmacherverbandes gibt nun im Verbandsorgan bekannt, daß somit auch die Uebereinstimmung über die

eventuelle Verschmelzung mit den Lederarbeitern bis nach Stattfinden von deren Generalversammlung vertagt werden müsse.

Unter den Handschuhmachern ist übrigens wenig Reizung für die Aufgabe der gewerkschaftlichen Selbständigkeit vorhanden. Eine Uebereinstimmung geht, würde, wie mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt werden kann, zur Ablehnung der Verschmelzung geführt haben. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß durch die Vertagung der Uebereinstimmung ein Umschlag der Ansichten eintritt. In Belgien und Schweden schließen sich die kleinen Handschuhmacherorganisationen bereits größeren Verbänden an, auch die Leitung des österreichischen Vereins ist einem Zusammenschluß mit den Verbänden verwandter Verufe nicht abgeneigt.

Die Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien.

Laut Mitteilung der königlichen Bergwerksdirektion sind am Mittwoch zur Abendsschicht auf dem Osthofe von 1088 Mann der Belegschaft 689 eingefahren, auf dem Lahnischacht von 541 Mann 273, auf dem Marienschachte von 79 Mann 32, auf dem Südfelde von 458 Mann 262. Insgesamt sind vorgestern einschließlich des Südfeldes von 8821 Mann 58 Proz. eingefahren. Dies sind gegen Dienstag 2102 Mann mehr. Gestern früh erschienen auf dem Osthofe von 1140 Mann der Belegschaft 760, davon 606 unter Tage; auf dem Lahnischacht von 412 Mann 410, davon 277 unter Tage; auf dem Marienschacht von 164 Mann 113, sämtlich unter Tage; auf dem Südfelde von 420 Mann 369, davon 288 unter Tage; auf dem Nordfelde sind sämtliche 220 Mann eingefahren, davon 154 unter Tage. Zur gestrigen Frühsschicht sind von einer Belegschaft von 2307 Mann 1873 eingefahren, das sind 618 Mann mehr als vorgestern früh. Im ganzen haben bisher 403 Mann wegen Nichterscheinens zur Schicht die Abkehr erhalten. Wie wiederholt gemeldet, ist der Sicherheitsdienst um 18 Sendarmen vermehrt worden; auf Grund einer Besprechung mit dem Regierungspräsidenten von Oppeln, Holz, sind 2 Stationen außerhalb Königshütte in Orschau und Wisnardschütze eingerichtet worden, mit der Befugnis, das königshütter Stadtgebiet zu betreten. Es lag aber vorgestern kein Grund zu irgendwelchem Einschreiten vor, da der Schichtwechsel sich vollständig ruhig vollzog.

Der Mülhauser Bauarbeiterstreik wurde mit der Anerkennung der Forderungen der Arbeiter nach siebenwöchigem Kampfe beendet. Der Lohn für die Maurer beträgt von jetzt ab bis 1. Oktober 52 Pf., von da ab bis 1. April 1908 53 Pf., steigt dann bis zum 1. April 1909 auf 55 Pf. und von da ab bis zum 1. April 1910 auf 56 Pf.

Ausland.

In den Kohlenhütten zu Unterreichenau in Böhmen haben sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Achtung, Stahlformer der deutschen Bundesstaaten! Bei der Firma Biedemann, Müllersschlag (Steiermark), sind die Formner wegen willkürlicher Reduktion der Minimallohnsätze in den Ausnahm gebieten und ist die Firma bemüht, Formner aus deutschem Gebiete anzuwerben. Die Streikenden ersuchen ihre Brüder, keinem wie immer gearteten Lockruf dieser Firma Folge zu leisten.

Achtung, Eisengießer Deutschlands! Die Wiener Eisengießer streben vor einem Kampfe. Am 23. September d. J. läuft der Vertrag mit den Unternehmern ab, und wie alle Angelegen zeigen, ist es ausgeschlossen, zu einem friedlichen Abschlusse zu gelangen. Der Kampf dürfte bei der Härtnackigkeit der Wiener Gießereibesitzer ein ziemlich heftiger werden. Wir raten den deutschen Formnern ab, gegenwärtig Wien aufzusuchen, da sie auf längere Zeit keine Aussicht auf beständige Arbeit haben.

Eingegangene Druckschriften.

Franz Dietrich, Kalkhoff, Geschichte der Rotenschrift. 1. Heft. Preis 50 Pf. Verlag von Oskar Hellmann, Leipzig.
Karl Frey, Der deutsche Turntag in Worms. Preis 10 Pf. Arbeiter-Turnverlag, Leipzig, Langestr. 31.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mordtaten eines Geisteskranken.

Weilheim (Wahrn), 8. August. (W. S.) In Oberhausen hat heute früh ein geisteskranker Arbeiter Schaffold seinen wehrlosen Vater erschossen. Vorher hatte er den Ostbayerer Maurer durch vier Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt.

Abgestürzt.

Jundbrud, 8. August. (W. S.) Am Goldappel ist Frau Berta Köpper aus Hamburg mit einem Führer von einem Schneefelde abgestürzt, wobei sie schwere Verletzungen erlitt.

Der Ruf nach Bildung.

Petersburg, 8. August. (W. S.) Ueber 20 Semstwoverwaltungen richteten Vorschläge an das Kultusministerium mit dem Ersuchen, den Schulunterricht obligatorisch zu machen.

Eine schauerliche Mier.

Odesa, 8. August. (W. S.) Vier Anarchisten, die heute aus Barna eintrafen, sind unter dem Verdacht verhaftet worden, daß sie die Ermordung hiesiger Konsulin beabsichtigten, um dadurch die Einmischung der Großmächte in die mazedonische Angelegenheit herbeizuführen.

Die Vorgänge in Casablanca.

Tanger, 8. August. (Melbung der Agence Havas.) Nachrichten aus Casablanca von vorgestern abend und gestern früh melden, daß 164 Mann von den Kreuzern „Gallice“ und „du Chayla“ gelandet sind, um das englische Konsulat zu beschützen, in das sich die Vertreter Oesterreichs, Deutschlands, Schwedens und der Vereinigten Staaten geflüchtet haben. Die Vertreter Italiens und Portugals befinden sich im französischen Konsulat. Ein besonders lebhaftes Gewehrfeuer der Marokkaner war von der Höhe des zerstörten Minarets aus auf das französische Konsulat gerichtet gewesen. Die Aufforderung der marokkanischen Behörden und die Schüsse aus den Kanonen und Haubitzen der „Gallice“ halten die Stämme von den geplünderten europäischen Läden fern. Der Pascha Mulah Armi wurde aufgefordert, sich einzuschiffen. Von der „du Chayla“ wurde ein Matrose getötet, vier andere Matrosen wurden verwundet, davon drei schwer. Der Kreuzer „du Chayla“ ging nach Mazagan ab, wo er um 6 Uhr abends eintraf. Die Bevölkerung von Mazagan befindet sich im Aufstande gegen den Kaiser.

Tanger, 8. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Nach den letzten Nachrichten aus Casablanca ist die dortige Agentur der marokkanischen Staatsbank berandt worden. Etwa 3000 Pfund Sterling sind abhanden gekommen. Das französische Konsulat wurde in der Nacht zum Dienstag angegriffen. Der französische Torpedobootsgerstörer „Cassini“, der von dem nach Casablanca gehenden Geschwader abgezweigt ist, ist in Tanger eingetroffen und erwartet die Befehle der Befehlshaber. Auch ein spanischer Torpedobootsgerstörer ist hier eingetroffen.

Die Bewegung in Indien.

Kalkutta, 8. August. (W. S. B.) Dreißig Agitatoren griffen gestern die Polizei an, welche in dem Geschäftsbüro einer zur Eingeborenenpresse gehörenden Zeitung eine Hausdurchsuchung vornahm; zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Die Nationalistenführer organisierten einen riesigen Volksaufmarsch als Demonstration. Weitere Unruhestörungen sind nicht vorgekommen. Die Bevölkerung sieht den Ereignissen gleichgültig gegenüber.

Achter Internationaler Wohnungskongress.

London, 6. August.

II.

Bei noch gesteigertem Interesse nahm der Kongress heute seine Verhandlungen wieder auf. Aus der gestrigen Debatte über die Wohnungsinspektion ist noch nachzutragen, daß Wohnungsinspektor Dr. Bergmann-München die Mitteilung machte, daß er als erster Wohnungsinspektor von der bayerischen Regierung angestellt sei. (Beifall.) — Arbeitersekretär Smith aus dem Norden Englands machte für die Wohnungsnot die heutige Gesellschaftsordnung verantwortlich. Die Wohnungsnot sei nur ein Teil des allgemeinen Elends der breiten Massen, das erst verschwinden werde, wenn das Privateigentum überhaupt gefallen sei. (Beifall und Widerspruch.)

Das bereits erwähnte Referat des Geheimrats Rehl-Düsseldorf über die Bodenfrage, das wegen Abgangs der Post nach dem Kontinent nur flüchtig werden konnte, stellte des Weiteren als regelmäßige Folge einer besonders lebhaften Bautätigkeit die Fälle hin, in denen die auf das äußerste übertriebenen Bodenpreise nur realisiert werden könnten durch schwindelhaftes Baumanöver mit Hilfe vorgeschobener, unermöglicher „Strommänner“. Einen starken Antrieb bekomme die Preisbewegung des Bodens durch einen überaus häufigen Besitzwechsel, bei dem die Grundstücke oft mit hohen Gewinnaufschlägen von Hand zu Hand gehen. An diesem Handel ist eine stark zunehmende Zahl von Grundstücksagenten und -maklern beteiligt. Da der unbebaute Boden wegen der Unsicherheit über seinen Ertrag und der geringen Wertsumme ein dankbares und leichter veräußerliches Spekulationsobjekt ist, als ein bebauter Grundstück, so wird er häufig trotz der Laune der Bauwirtschaft entzogen. Eine andere Art der Verteuerung des Baugeländes besteht darin, daß Eigentümer ihre Grundstücke in spekulativer Absicht solange aus dem Verkehr ausschließen und vom Verkauf zurückhalten, bis der Preis genügend hinaufgetrieben ist. Dadurch entsteht in vielen deutschen Städten das Bild, daß die Bebauung neuer Straßen nur sprunghaft vor sich geht und zwischen einzelnen Ländern Baustellen jahrelang leer liegen bleiben. Man nennt das in Deutschland „Lüdenbau“. Häufiger Besitzwechsel einerseits und langes Festhalten unbebauten Bodens andererseits ist der Spekulation durch die überaus geringen öffentlichen Lasten erleichtert worden, die auf ihm liegen. Im Anschluß hieran empfahl der Redner die Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert und der Wertzuwachssteuer. (Beifall.)

An den Vortrag schloß sich heute eine interessante Diskussion. Bürgermeister Dr. Ott-Oberberg: Wie in Deutschland sind noch nicht einmal soweit wie in England und haben daher noch um so größere Hochachtung vor der moralischen Höhe des englischen Großkapitals, das sich bei der Vergabe von Geld zur Erweiterung mit einem bei uns unerhört niedrigen Zinsfuß begnügt. Vor der Lösung der Bodenfrage sollte der Kommunalpolitiker eine heilige Scheu haben, denn eine verfehlte Bodenpolitik läßt sich nicht wieder gut machen. Repressivmaßnahmen wie die Wertzuwachssteuer sind nur Pflaster, die die Wunden selbst nicht heilen können. In meiner Gemeinde Oberberg habe ich radikal Bodenpolitik getrieben. Die Stadt hat ein zwischen der Stadt und dem Bahnhof gelegenes Gelände von 100 Morgen zu günstigem Preise erworben. Eine städtische Straßenbahn durchzieht dieses völlig jungfräuliche Gelände, das nach den Prinzipien der modernen Gartenstadt erschlossen werden soll. Den Bodentucher haben wir dadurch in Oberberg auf Jahrzehnte unterbunden. Die einzige Hoffnung der Bodenspekulanten ist, daß das Schiff zwischen Dover und Ostende mit mir untergeht. (Beifall.) — Hr. Janziens-Neufeld: Trotz der geringen Bevölkerung Neufelds — eine Million Einwohner auf einem Gebiet so groß wie Italien und die Schweiz zusammen — ist auch bei uns die Landfrage schon brennend geworden. Dem Bodentucher wirken wir dadurch entgegen, daß die Regierung selbst viel Land ankauft und gegen billiges Geld abgibt. — Dr. Grunenberg-Düsseldorf: Die Bauordnungen werden in Deutschland ganz verschieden gehandhabt. Es gibt kein Gesetz, das die Bauordnungen einheitlich regelt. Es herrscht also eine völlige Verschiedenheit. Nur eines haben wir überall wahrgenommen, nämlich daß die Bauordnungen für die Großstädte nicht auf das flache Land übertragen werden dürfen. Das ist gefahren und dadurch hat sich die Preisbildung des Bodens auch auf dem Lande ungünstig gestaltet. Hierdurch verursacht, vollzog sich auch auf dem Lande eine stärkere Ausnutzung des Bodens, die zur Folge hatte, daß die Bodenpreise ganz erheblich stiegen. Die preussische Regierung hat deshalb Baupolizeikonferenzen einberufen, um diesen Mißständen zu steuern. Auch in den Gemeinden hat eine tiefere volkswirtschaftliche Einsicht Einzug gehalten. Es muß aber noch viel geschehen, um gerade die Preissteigerung auf dem Lande einzudämmen. (Beifall.) — Dr. Bohlmann-Berlin untersuchte den Einfluß des Pfand- und Hypothekensystems auf den Bodenpreis: Unsere deutschen Stagenhäuser sind zum Teil auf unser Hypothekensystem zurückzuführen. Je mehr Hypotheken wir auf ein Grundstück aufnehmen können, desto mehr wird der Bodenpreis steigen. Und wenn er in die Höhe getrieben ist, dann werden wieder neue Hypotheken aufgenommen. Wir sehen einen solchen circulus vitiosus vor allem in Berlin. Nicht dasjenige Land ist am besten daran, das das beste Hypothekensystem hat, sondern das überhaupt kein Hypothekensystem gebraucht. (Beifall.) — Counsellor Walsh-Dundee führt Klage darüber, daß Schottland des Segens der englischen Wohnungskongresse nicht teilhaftig geworden, sondern direkt davon ausgeschlossen sei. Dadurch sei es gekommen, daß heute eines der gefährdeten Länder die schlimmsten Elends der Erde habe. — Damit schloß die Diskussion.

Ueber „Hausbau und Hausverwaltung“ sprach hierauf der Generalsekretär des Internationalen Wohnungskongresses Hr. Aldridge-London. Er betonte die Ueberlegenheit der kleinen Häuser über die Mietskasernen, die sich vor allem in Deutschland finden. In den Mietskasernen kann nie und nimmer ein glückliches Familienleben bestehen. Redner empfahl daher auch in Deutschland die Einführung der in England vorhandenen Kleinfamilienhäuser.

Am Nachmittag begab sich der Kongress in einem Sonderzug nach der weltberühmten Gartenstadt Leichworth, wo er eine Anzahl ausgestellter Modellwohnungen besichtigte und dann zur Behandlung der Frage der

Gartenstädte

zusammentrat. Zuerst sprach der Präsident der „First Garden City Ltd.“, Hr. Williams über die Notwendigkeit der Schaffung von Gartenstädten. Nach ihm kann die Frage, wie der übermäßige Volksdruck in den Großstädten zu begegnen ist, nur auf zwei Arten gelöst werden; entweder müssen neue Vorstädte gebaut werden oder es muß ein Teil der Großstadtbewölkerung aus der Großstadt ausziehen und mit samt seiner gewerblichen und sonstigen Beschäftigung, mit Hausbau, den Vergnügungshäusern, Schulen, Kirchen, Verkaufsläden, mit Wasserzufuhr, Beleuchtung, Kraftwerken usw. gänglich neue Orte gründen. Diese letztere Art wurde in London mit der Anlage der Gartenstadt Leichworth versucht und zwar mit bestem Erfolge. Es wurden 8818 Morgen Land erworben und auf ihm eine vollständige Stadt für 32 000 Einwohner erbaut. Für Bodenkulturzwecke ist die Stadt mit einem Landgürtel von circa 2500 Morgen umgeben. Das zum Ankauf erforderliche Geld wurde durch eine Emission von Aktien der „First Garden City Ltd.“ beschafft. Neben dem Aktienkapital in Höhe von 154 000 Pfund wurde ein Kapital von 128 000 Pfund durch Anleihen zu einem Zinsfuß von 4 Proz. erhoben. Der ganze überschüssige Nutzen soll zu städtischen Zwecken benutzt werden. Es wird

geplant, später eine öffentliche Oberverwaltung ins Leben zu rufen, die das jetzige Unternehmen der Aktiengesellschaft zum Nutzen der Bewohner auf sich nehmen soll. Die Aktiengesellschaft gibt das Land nicht als Eigentum, sondern als Pachtgut auf die Dauer von 99 Jahren. Das Gartenstadtsystem ist nach dem Redner die wirtschaftlichste und ökonomisch zweckmäßigste Art, den arbeitenden Massen ein behagliches, bequemes, schönes und gesundes Heim zu schaffen. (Beifall.) — Direktor Howard forderte in Ergänzung zu diesen Darlegungen die Anlage elektrischer Kleinbahnen, um dadurch noch größere Vorteile zu erzielen. — Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Der Kreiswahlverein für Brandenburg-Westhavelland, dessen erste Generalversammlung am Sonntag in Rathenow stattfand, hat über seine Tätigkeit im verflochtenen Jahre (1. Juli 1906—1907) einen gedruckten Bericht herausgegeben, dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der fest organisierten Genossen im Berichtsjahre um 892 zugenommen hat und Anfang Juli dieses Jahres auf 8205 gestiegen war. Ein Vergleich mit den bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen ergibt, daß 29 Prozent der sozialdemokratischen Wähler politisch organisiert sind; in der Stadt Brandenburg beträgt das Organisationsverhältnis 40 Proz., in Rathenow 28 und auf dem Lande 11 Proz. Die ländlichen Genossen sind den städtischen Wahlvereinen angeschlossen, da Versuche, in kleineren Orten Wahlvereine zu gründen, infolge Lokalmangels und anderer Schwierigkeiten misslungen sind. Die Reichstagswahl, deren Ergebnisse auf der Generalversammlung eingehend diskutiert wurden, hat gezeigt, daß die Gegner ihren Sieg hauptsächlich der Abhängigkeit der ländlichen Wähler zu verdanken haben. Es wurden nämlich bei der Stichwahl gezählt unter je 100 Stimmen:

Table with 3 columns: Location, Social Democrats, Conservatives/Liberals/Other.

Der Kreis wird durch die Lehrter Bahn in zwei annähernd gleichgroße Teile zerhackt, die politisch infolgedessen verschieden sind, als der nördliche Teil überwiegend konservativ, der südliche dagegen meist sozialdemokratisch wählt. Der Umstand, daß diesmal die Wahl im Winter stattfand, hat unserer Partei die während des Sommers im südlichen Teile beschäftigten Ziegeleiarbeiter entzogen, während die Landarbeiterschaft des nördlichen Teiles unter dem Einfluß der Gutsherren konservativ wählt. Auf diese Weise erklärt sich der Mandatsverlust und der allerdings ganz winzige Stimmenrückgang, den unsere Partei bei der Wahl zu verzeichnen hatte. Die Wahlbeteiligung stieg auf 92,75 Proz., eine Höhe, die früher nie erreicht wurde. — Der ungünstige Wahlausfall hat anfeuernd auf den Agitationsgeist der Genossen gewirkt. Die Leserschaft des Parteiorgans stieg nach der Wahl um 3088, und dieser Zuwachs kommt zum größten Teil auf den Kreis Brandenburg-Westhavelland, 50 Prozent unserer Reichstagswähler sind auf das Parteiblatt abonniert. — Die Klassenverhältnisse des Kreises sind befriedigend, doch wurde eine Resolution beschlossen, die es den Wahlvereinen zur Pflicht macht, größere Zuschüsse an die Kreisliste zu leisten, und auch die Genossen auffordert, durch freiwillige Beiträge rechtzeitig für künftige Wahlen Puntition zu schaffen. Zum Parteitag in Essen delegierte die Generalversammlung, um die Kreisliste zu schonen, nur einen Delegierten und zwar den Genossen Münsinger, der infolge seiner Parteitätigkeit nach der Wahl in Rathenow gemahregelt wurde und jetzt im Parteidiens ist angestellt ist. Die Generalversammlung beschäftigte sich ferner noch mit dem preussischen Landesparteitag und mit der brandenburgischen Provinzialkonferenz. Zum Parteitag wurde ein Antrag angenommen, der empfiehlt, es möge in jeder preussischen Provinz eine Parteileitung analog den Landesparteiorganisationen der übrigen Bundesstaaten geschaffen werden, ein besonderer Landesparteivorstand für Preußen würde dadurch entbehrlich. Dabei wurde betont, daß die jetzige Parteileitung für die Provinz Brandenburg ein zu schwerfälliger Apparat sei, der vereinfacht werden müsse. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Edermann und Krusch, zur Provinzialkonferenz die Genossen Wellin, Pauli und Weber-Rathenow gewählt. Die Wiederwahl des bisherigen Kreisvorstandes erfolgte einstimmig, ebenso die vorläufige Aufstellung des Genossen Peus als Reichstagskandidaten.

Im 6. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreise (Bismarck-Segeberg) ist, wie der Jahresbericht der Zentralorganisation für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 ergibt, tüchtig gearbeitet worden. Der Erfolg war ein guter, sofern von dem Ausfall der Reichstagswahl abgesehen wird. Die Zahl der dem Zentralverein angeschlossenen Lokalvereine ist von 19 auf 23 gestiegen. Die Mitgliederzahl des Zentralvereins hat sich von 5817 im Vorjahre auf 7092 erhöht. Außer den ordentlichen Mitgliedern sind 648 Genossen gegen 548 im Vorjahre vorhanden, die regelmäßig Beiträge zahlen, ferner 1166 Genossinnen gegen 880, die das gleiche tun. Im Vergleich zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen sind 89 Prozent der Wähler im sozialdemokratischen Zentralverein organisiert. Der Prozentfuß muß bei Gegenüberstellung der bezüglichen Zahlen der großstädtischen Wahlkreise als ein sehr hoher erscheinen, wenn man bedenkt, daß der Wahlkreis vorzugsweise aus ländlichem Gebiet besteht. Abonementen waren im Berichtsjahre vorhanden: auf den „Vorwärts“ 27 (21), das „Hamburger Echo“ 4464 (3978), die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ 1883 (1567), den „Wahren Jakob“ 8836 (8411) und die „Gleichheit“ 998 (559). Die eingekammerten Zahlen haben Bezug auf das Vorjahr. — Flugblätter, Broschüren und Halender wurden außer bei der Reichstagswahl verbreitet 19 in 263 400 Exemplaren, öffentliche Versammlungen wurden 88, Mitgliederversammlungen 196 und Frauenversammlungen 87 abgehalten. Die Hauptkasse vereinnahmte 53 693,09 M., verausgabte wurden 51 955,69 M., so daß am Jahresabschluss ein Kassenbestand von 1708 M. verblieb. Die Lokalvereine haben 48 218,04 M. vereinnahmt, wovon sie 24 755,58 M. an die Hauptkasse abgeführt haben. — Die Reichstagswahl hat im Kreise, wie der Jahresbericht ergibt, ganz exorbitante Kosten und Arbeiten verursacht. 15 Flugblätter wurden in 540 000 Exemplaren verbreitet und 204 Versammlungen wurden abgehalten. Die Kosten belaufen sich auf rund 24 000 M.

Die Generalversammlung für den Reichstagswahlkreis Ruppiner-Templin findet am 18. August erstmalig in Kurtschlag statt. Seitens der dortigen Genossen ist alles aufgeboten, den Besuchern der Generalversammlung nach der ersten Parteiarbeit noch einige vergnügte Stunden zu bereiten. Die Teilnehmer an der Beratung werden erlucht, Anmeldungen betreffs Ankunft, Nachtquartier und Mittagessen an den Genossen Ridel, Kurtschlag, gelangen zu lassen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Freiheit der Presse. Im Mai d. J. gerieten die Brauereiarbeiter der Brauerei „Gildhaus“ in Blankenburg a. S. mit ihrer Firma in Differenzen, weil sie vermeinten, daß ein Arbeiter gemahregelt worden sei und der Brauereidirektor eine das Gewerkschaftsrecht grüßlich beleidigende Äußerung getan habe. In Verfolg dieser Angelegenheit wurde die Brauerei gesperrt und in einer Volksversammlung der Boykott über das Bier der Brauerei verhängt. Die Brauereidirektion sucht nun den ihr daraus erwachsenen Schaden dadurch weit zu machen, daß sie eine ganze Reihe Genossen

auf Schadenersatz verklagt hat und zwar die Genossen Oppermann, Beher, Seide, Großhennig und Wolf in Blankenburg, die Hausbesitzer des Brauereiarbeiter-Verbandes, die Genossen Martin Ebel-Hannover und Max Unger aus Randeburg und den Genossen Ed. Schönebeck aus Rattenstedt. Diese Klage war bereits Mitte Juli anhängig gemacht.

Doch das tollste ist, daß dem Unternehmer ein ganz sonderbarer Einfall noch nachträglich gekommen ist. Er hat nämlich noch einen anderen Missetäter herausgefunden, der ihm den entstandenen Schaden mit beden helfen soll. Und das soll die Redaktion unseres Braunschweiger Bruderblattes, des „Volksfreund“ sein. Diese hat, wie das ganz selbstverständlich ist, einen vollständig sachlichen und durchaus objektiven Bericht über den Verlauf der Volksversammlung gebracht, in welcher der Boykott beschlossen worden ist. Und dieses Verbrechen soll unserem Bruderblatte nach Ansicht der Brauereidirektion dadurch angedreht werden, daß der „Volksfreund“ der Brauerei als Gemeinschuldner für den ihr aus dem Boykott entstandenen Schaden, den die Brauerei auf 1200 M. berechnet, haften soll. Die Klageschrift ist dem Redakteur des „Volksfreund“ jetzt nachträglich noch zugestellt worden.

Eine hübsche Perspektive, die sich da unserer Presse eröffnet. Doch wird das Bericht wohl einen dicken Strich durch die Rechnung der fündigen Brauereidirektion bezu. deren Rechtsbeistand machen. Soweit sind wir glücklicherweise selbst in Deutschland noch nicht, daß die objektive Berichterstattung über den Verlauf von Versammlungen, eine der wichtigsten Aufgaben der Presse mit, zum Schadenersatz verpflichtet könnte. Mag das höchste Freiheit der Arbeiterpresse, soweit von einer solchen geredet werden kann, den Unternehmern noch so unangenehm sein, zu einer Berurteilung in diesem Falle reicht der Tatbestand denn doch wohl nicht aus.

Aus Industrie und Handel.

Die Aufwärtsbewegung der Schweinepreise.

Es findet sich bei einem Rückblick seit 1900 kein einziges Jahr, in dem ein gleich heftiger Aufstieg der Schweinepreise stattfand wie in diesem Jahre. Nicht einmal im Jahre 1905, in dem die Schweinepreise eine besonders scharfe Pause erfuhr, war die Verteuerung von Juli auf August so erheblich. Daß der Einwand, die diesjährige Preisbewegung von Juli auf August korrespondiere mit der der Vorjahre, durchaus nicht berechtigt ist, geht aus einem Vergleich der Auftriebszahlen mit den vorjährigen hervor. Ziehen wir z. B. Berlin zum Vergleich heran, so zeigt sich, daß in früheren Jahren der Auftrieb von Juli auf August sehr viel stärker zurückging als in diesem Jahre und trotzdem sind 1907 die Preise erheblich stärker gestiegen als in früheren Jahren. 50 Kilo Lebendgewicht kosteten nämlich am Anfang des Monats in Berlin 1907:

Table with 4 columns: Year, July, August, Increase in %.

Obwohl im Jahre 1908 der Schweinepreis recht erheblich stieg, war die Zunahme relativ doch noch lange nicht so groß wie 1907. Dabei war der Julipreis 1907 ja zwar niedriger als 1905 und 1906, aber doch bedeutend höher als 1903 und 1904. Die Preisbewegung an den anderen wichtigen deutschen Marktorten korrespondiert mit der am Berliner Marke: in einigen ist die Steigerung von Juli auf August geringer, in anderen aber geht sie sogar noch darüber hinaus. In Mannheim z. B. ist der Preis der Schweine innerhalb der letzten vier Wochen um nicht weniger als 28 Proz. gestiegen. Ueberhaupt hat die Preissteigerung den höchsten Grad in Süddeutschland aufzuweisen, während sie im Königreich Sachsen und in Westdeutschland etwas mäßiger ist.

Obwohl die Agrarier für die Preissteigerung andere keine Erklärung haben, als die oben widerlegte, werden sie doch weiter behaupten, die Pöste und die Grenzahsperrpolitik hätten keine preissteigernde Wirkung aus. Allerdings, selbst die katholischen Arbeiter, die sich damals vom Zentrum beschwindeln ließen, glauben heute nicht mehr an die Pöllwuchermägen.

Versorgung deutscher Großstädte mit Kohle.

In Tonnen betrug die Kohlenzufuhr zu 18 der wichtigsten deutschen Großstädte im ersten Halbjahre 1907, verglichen mit früheren Jahren:

Table with 3 columns: Year, Supply, Increase/Decrease.

In den einzelnen Städten haben erhebliche Verschiebungen stattgefunden, die Tendenz war aber überwiegend steigend. Rückgängig war die Entwicklung der Kohlenversorgung nur in Leipzig und in Elberfeld; in Leipzig ist sie deswegen beachtenswert, weil der Rückgang recht beträchtlich war; die Abnahme bei Elberfeld dagegen fällt auf, weil sie die Fortsetzung einer seit Jahren findenden Bewegung ist. Innerhalb dreier Jahre beträgt der Rückgang mehr als 18 Proz. Unter den Städten, deren Kohlenzufuhr eine Steigerung erfahren hat, steht Berlin an erster Stelle. Es hat seine Kohlenbezüge gegenüber den letztjährigen so gesteigert, daß die Gesamtkohlenversorgung im ersten Semester dieses Jahres die der Vergleichszeit 1904 um mehr als 88 Proz. überholt. Nicht Berlin haben noch Dresden, München, Halle a. S. und ganz besonders Altona nennenswerte Zunahmen zu verzeichnen gehabt; bei Altona ist die Kohlenzufuhr gegenüber 1906 um mehr als 83 Proz., gegenüber 1905 um mehr als 49 Proz. gestiegen. Die Kohlenzufuhr in nachstehenden Großstädten betrug im ersten Semester der letzten Jahre in 100 Tonnen:

Table with 4 columns: City, 1904, 1905, 1906, 1907.

Ein gefegnetes Jahr.

Gegenwärtig veröffentlicht die landwirtschaftlichen Ausschüsse der bayerischen Regierungskreise ihre Jahresberichte für 1906, die teilweise ganz interessante Bemerkungen enthalten. Ueber die Ernte bzw. deren Ertrag wird im allgemeinen nicht geklagt, im Gegenteil, man war mit dem Erntertrag sehr zufrieden. Bezüglich der Rindviehzucht wird gesagt: Reichliche Futterernten, gute Preise für Mast-, Zucht-, Milch- und Arbeitsvieh. Das Schlachtvieh — und noch unverhältnismäßig mehr das Fleisch — stieg im Sommer 1906 bedeutend im Preise. Im November und Dezember 1906, ebenso im Frühjahr 1907 gingen die Schlachtviehpreise zurück.

ohne daß die Fleischpreise ihnen im gleichen Verhältnis gefolgt wären. Der Reinertrag der Landwirtschaft im allgemeinen wurde durch die gesteigerten Produktionskosten sehr beeinträchtigt. Die Ursachen sind: Ernteverlust durch Arbeitermangel, äußerst hoher Zinsfuß, gesteigerter Preis sämtlicher landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, höhere Handwerkerrechnungen, höhere Steuern, gesteigerte Umlagen usw. — Eine treffliche Illustration zum Zolltarif.

Uebereinstimmend konstatieren fast alle Berichte als Folge des Arbeitermangels, daß die Zuhilfenahme der Technik, also landwirtschaftlicher Maschinen, in ganz erheblichem Maße sich gesteigert habe.

Staatsanwaltschaftsbericht. Der Stand der Getreideernte in Frankreich war nach dem amtlichen Bericht am 1. August folgender: Winterweizen haben 40 Departements gut notiert, 43 ziemlich gut, ein Departement ziemlich. Frühjahrweizen 20 gut, 22 ziemlich gut, 2 ziemlich; 43 haben keinen Frühjahrweizen oder lieferten keine Notiz. Winterhafer 28 gut, 32 ziemlich gut, 4 ziemlich, ein Departement mittelmäßig; 22 haben keinen Winterhafer oder lieferten keine Notiz. Frühjahrhafer 32 gut, 33 ziemlich gut, 5 ziemlich, ein Departement mittelmäßig; 11 haben keinen Frühjahrhafer oder lieferten keine Notiz.

Die Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten ist ins ungeheure gewachsen, wie ein Bericht der dortigen Geologischen Landesuntersuchung zeigt, der bereits die Yffern für das Jahr 1906 enthält. Danach wurden im vorigen Jahre im ganzen 414 089 581 Tonnen im Werte von rund 2050 Millionen Mark gefördert. Die Steigerung gegen das Jahr 1905 erweist sich als eine außerordentlich große, nämlich um etwa 21 Millionen Tonnen und um eine Summe von 86 Millionen Mark. Die Zunahme der Menge betrug also 5,4, die des Wertes 7,1 Proz. Weitans an erster Stelle von den einzelnen Teilen des Gebietes steht der Staat Pennsylvania, der fast die Hälfte der Gesamtmenge und mehr als die Hälfte des Wertes brachte. Der Anteil am Gesamtwert der Kohle ist deshalb noch größer, weil Pennsylvania fast der einzige Staat ist, in dem der teure Anthrazit gewonnen wird. Die Kohlenproduktion von Pennsylvania wird auf rund 71 Millionen Tonnen Anthrazit und 130 Millionen Tonnen bituminöser Kohle angegeben, ihr Wert auf insgesamt 1050 Millionen Mark. An zweiter Stelle unter den Staaten der Union steht mit Rücksicht auf die Kohlenproduktion das westliche Virginia, an dritter Stelle der Staat Illinois, beide mit 40 Millionen Tonnen. Dem folgt Ohio mit rund 28, ferner Alabama mit 18, Indiana mit 12 und Colorado mit 10 Millionen Tonnen. Die übrigen von den 28 Staaten, die überhaupt Kohle liefern, bleiben in dem Ertrag hinter 10 Millionen Tonnen zurück.

Soziales.

Bildungsmittel für Bergarbeiter.

Die Garpener Bergbau-Aktiengesellschaft hat für Beamte und Arbeiter der ihr gehörigen Zechen „Gneisenau“, „Preußen I“, „Scharnhorst“ und „Preußen II“ eine Bibliothek geschaffen. Die Einrichtung ist zu begrüßen, umso mehr weil es im Ruhrbezirk etwas Derartiges sonst fast gar nicht gibt — ausgenommen die Werkbibliothek der Firma Krupp in Essen. In den Städten Vödem, Oberhausen, Gelsenkirchen, Neillinghausen usw. sind Volksbibliotheken nicht vorhanden. Der Katalog für die Bibliothek der erwähnten Gesellschaft ist 309 Seiten stark. Auf nicht weniger als 112 Seiten ist die „Schöne Literatur aller Völker und Zeiten“ mit Titeln vertreten. Wir finden Namen wie: Schiller, Anzenberger, B. Auerbach, die Bachensche Novellenammlung für katholische Kreise (darf allerdings nicht fehlen), Garghofer, Beyerlein, Bierbaum, Wobensiedt, Bötsche, W. Busch, Otto Ernst, Hopfprediger Frommel, Claus Brot, Hartleben, Hauptmann, Heyse, dann die beiden Hoffmann und Max Kreger. Die Mariti darf auch nicht fehlen. Raabe und Reuter, Schlicht und mehrere Schmidts sind mit allen ihren Werken vertreten. Sudermann, Teilmann, Wildenbruch, Wolzogen sind auch da. Die ausländische ist ebenso wie die antike Literatur mit ihren besten Namen vertreten, die Klassiker fehlen selbstverständlich nicht.

Stärker noch ist die belehrende Literatur vertreten. Wir finden Erdkunde und Geschichte, Naturwissenschaften, Lebensbeschreibungen, Kunst und Wissenschaft, Sport, Musik, Rechts- und Staatswissenschaften, Religionskunde und Erziehungslehre, Technik, Handel und Gewerbe. Auch eine Reihe Jugendschriften sind vorhanden. Kurzum alle bedeutenden Gesehten haben sich hier ein Stelldichein gegeben. Nur die ausgesprochen sozialistische Literatur fehlt.

Von Lassalle ist eine Biographie da; dann sind Wagner, Schmolzer, die beiden Webbs, Ziegler, Lili Braun, Adler, Kulemann, Pieper, Sombart und andere mit ihren bedeutenderen Werken vertreten. Schade, daß nicht die unsterblichen St. Marx, Engels, Rebeles „Frau“, Lassalles Reden und Schriften vorhanden sind. Da wäre auch die sozialistisch denkende Arbeiterschaft halbwegs auf ihre Rechnung gekommen.

Die Gruben haben außer der Bibliothek auch Lesesäle. Benutzung der Bücher und Aufenthalt in den Lesesälen sind unentgeltlich. Eine Kommission, bestehend aus Beamten und Arbeitern, wählt die Bücher aus, die angeschafft werden sollen. Drei Bücher können auf einmal entliehen werden. Ueberhaupt ist die Bibliothek den Interessenten leicht zugänglich gemacht.

Alles in allem kann man die Einrichtung der Garpener Gesellschaft loben. Von den kommunalen und Staatsbehörden ist ein Fortwärtsschreiten nach der Richtung hin allerdings nicht zu erwarten.

Landarbeitersold.

Vor uns liegt ein „Vertrag“, den die von der Gutsherrschaft Alrichow engagierten Landproletarier unterschreiben müssen. Darin wird die Arbeitszeit auf täglich 14 Stunden, mit Pausen von zusammen 8 Stunden, die der Wirtschaftsinpektor bestimmt, festgelegt. Auf Anforderung müssen Ueberstunden geleistet werden. Ueber den Lohn wird folgendes vereinbart:

L. Tagelohn.

- a) Außer der Erntezeit erhalten
 1. Männer, welche mähen können, vom 1. April bis nach Beendigung der Kartoffelernte 1,20 M.
 - Männer nach Beendigung der Kartoffelernte 1,10 "
 2. Pflügen über 18 Jahre alt, welche mit Pferden und Ochsen umgehen können 1,00 "
 3. Frauen und Mädchen über 18 Jahre alt 1,00 "
 4. Pflügen und Mädchen unter 18 Jahre alt 0,80 "
- b) während der Erntezeit (Getreideernte) 4—6 Wochen
1. Männer 1,50 M.
 2. Frauen, Frauen und Mädchen über 18 Jahre alt 1,20 "
 3. Pflügen, Frauen und Mädchen unter 18 Jahre alt 1,00 "
- Für Ueberstunden erhalten erwachsene männliche Personen 15 Pf., die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 10 Pf.

Der Wirtschaftsinpektor kann aber auch Affordarbeit anordnen. Jedoch wird verpönt, daß diese so bemessen werde, daß tüchtige und fleißige Arbeiter mehr als den Tagelohn verdienen können. — Wenn sie weniger verdienen, sind sie eben nicht tüchtig und fleißig; aber jeder Arbeiter ist verpflichtet, Affordarbeiten auszuführen. Jedoch die Herrschaft ist gültig, sie „gewährt“ neben dem Vorlohn auch noch Naturalien und zwar für jeden Arbeiter pro Woche: 8 1/2 Liter Roggenmehl, 20 Pfd. Kartoffeln, 8 Pfd. Brot, 1 1/2 Pfd. Mehl, 1 Pfd. Erbsen oder Bohnen, 1 Pfd. Reis, 1 Pfd. Fleisch (oder 60 Pf.), 1 Pfd. Fett (oder 50 Pf.) und 1/2 Pfd. Salz. Außerdem Wohnung, bestehend aus Sägestelle mit Strohdach und einer Dede und gemeinsamer Küche. Damit die Herrschaft sich schuldig halten kann für eventuell beschädigte oder verlorene Gegenstände Gerätschaften werden vom Lohn 10 M. Retention einbehalten. Unter anderen

Rechten hat sich die Herrschaft auch das der sofortigen Entlassung vorbehalten, wenn ein Arbeiter nicht „unbedingt“ den Anordnungen der Wirtschaftsinpektor folgt, sich der „Aufwiegelung“ schuldig macht, oder eine „unverheiratete Person“ schwanger wird.

Auf Grund eines solchen „freien“ Arbeitsvertrages führen die Landarbeiter nach den Begriffen der Lebensmittelgüter ein beidenswertes Dasein.

Gerichts-Zeitung.

Ein entsetzliches Familienbild

entrollte eine Verhandlung, die gestern die 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Unter der schweren Anklage des Verbrechens der Missethats mußte sich der 47-jährige Hieronymus Soboly in Gemeinschaft mit seiner Tochter, der 27-jährigen Näherin Elise S. vor dem Strafrichter verantworten. — Die mitangeklagte Elise S. ist die voreheliche Tochter seiner ersten Ehefrau, die seit mehreren Jahren tot ist. Als sie gerade 12 Jahre alt war, verging sich ihr Vater das erste Mal an dem Mädchen. Durch fürchterliche Drohungen wurde das Kind damals so eingeschüchtert, daß es willenlos alles mit sich geschehen ließ. Die Verfehlungen des entmenschten Lüstlings wurden immer schlimmer, ohne daß das unglückliche Mädchen es wagte, irgend jemand Mitteilung von den Schrecknissen zu machen. Auch in späteren Jahren stand die Soboly derartig unter dem Zwange ihres Vaters, daß sie immer noch nicht wagte, durch eine Anzeige dem entsetzlichen Leben in dem Hause ihres Vaters ein Ende zu bereiten. Dieses Verhältnis währte nicht weniger als fünfzehn Jahre hindurch und bestand auch noch, als sich S. das zweite Mal verheiratet hatte. Erst als das nunmehr 27-jährige Mädchen hinter dem Rücken ihres Vaters, der eifersüchtig über sie wachte, ein Verhältnis mit einem anständigen jungen Manne angeknüpft hatte, welches zu einer Ehe führen sollte, schüttete sie diesem ihr Herz aus und erstattete schließlich auch Anzeige gegen ihren vertierten Vater. Soboly wurde sofort in Haft genommen und eine Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen gegen ihn erhoben. — Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die geradezu scheußliche Handlungsweise des S. gegen ihn eine Zuchthausstrafe von vier Jahren. Aber auch die mitangeklagte Tochter sei nicht von einer Mitschuld freizusprechen, da sie längst mit einer Anzeige hätte hervortreten müssen. Als der Staatsanwalt gegen Elise S. eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten beantragte, versiel die Angeklagte in Schreikämpfe. Die Verhandlung mußte deshalb längere Zeit ausgesetzt werden. Rechtsanwalt Dr. Mendel hielt bezüglich der Angeklagten Elise S. die mildeste Strafe für angebracht, da es den Anschein habe, daß sie lediglich unter dem Zwange ihres Vaters gestanden habe und nur aus Furcht vor dessen Todesdrohungen in späteren Jahren von einer Anzeige Abstand genommen habe. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten Soboly auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Elise S. auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von einem Tage Gefängnis.

Warenhausdiebinnen.

Eine gemeinsame Diebesfahrt durch verschiedene Warenhäuser haben die beiden Frauen ausgeführt, die gestern als Frau Konstanze Glieser und Frau Minna Kinde vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I sich zu verantworten hatten. Beide Angeklagte sind Ehefrauen anständiger Männer. Sie hatten am Ostersonnabend das Wertheimische Geschäft betreten und waren dort einer die Kontrolle ausübenden Angestellten durch ihr verächtliches Benehmen aufgefallen. Beide hatten kurze Pelzermäntel an, blieben bei verschiedenen Verkaufsstellen stehen, verschwanden dann hin und wieder in einen Abort und nahmen etwas unsicher ihre Wanderung durch die Räume wieder auf. Als die eine der beiden verdächtigen Frauen einige Schokoladentafeln unter ihren Umhang wandern ließ, wurden sie von der Angestellten angehalten und nach dem Kontor genötigt. Dort zeigte es sich, daß sie in den von ihnen mitgeführten Taschen nicht nur Gegenstände bewahrt, die bei Wertheim gestohlen waren, sondern auch Sachen, die von Zandorf und Tieg stammten. Sie führten Papier und Windfäden mit sich und haben offenbar ihren Aufenthalt in den Aborten dazu benutzt, um die gestohlenen Gegenstände sofort mit einer Umhüllung zu versehen und so den Anschein zu erwecken, als seien sie ehelich gekauft worden. Es war kein Zweifel, daß beide Angeklagte an jenem Tage einen Raubzug durch die großen Geschäftshäuser der Leipzigerstraße unternommen hatten. Eine bei Frau Glieser vorgenommene Hausdurchsuchung brachte noch vielerlei Gegenstände zu Tage, die offenbar gleichfalls aus Diebstählen in Warenhäusern herührten. Die Angeklagten behaupteten, sich nur ganz oberflächlich zu kennen. Der Gerichtshof nahm jedoch an, daß sie sich zur fortgesetzten Begehung solcher Diebstähle verbunden hätten und verurteilte sie zu je fünf Monaten Gefängnis.

Die Geliebte erschossen!

Eine wenig aufgeklärte Schießaffäre, die ein Vorverfahren wegen Mordes zur Folge gehabt hätte, beschäftigte gestern unter Vorhild des Landgerichtsrats Ellendt in einer längeren Sitzung die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts II. Aus der Untersuchungshaft wurde er am 10. März 1870 zu Grotzky geborene Mechaniker Paul Botsholowsky aus Rixdorf vorgeführt, welcher sich wegen fahrlässiger Tötung verantworten mußte. — In der Nacht zum 18. Mai d. J. gegen 2 Uhr befand sich der Schuhmann Keller in der Nähe des Hernaplages auf seinem Patrouillengange. Plötzlich stürzte in höchst aufgeregtem Zustande ein Mann auf ihn zu, der ihm schon von weitem rief: „Herr Wachtmeister, verhaften Sie mich. Ich habe eben eine Person bei einer Spielerei erschossen!“ Auf Fragen des Beamten gab der Unbekannte an, er sei der Mechaniker Botsholowsky und habe soeben aus Versehen seine Frau, die 31-jährige Modistin Annelie Romanowsky, mit einer Browningspistole erschossen. Der Beamte brachte den Angeklagten, der äußerte, er wolle sich erschließen, wenn seine Frau tot sei, nach der Polizeiwache. Der Polizeileutnant Schobler begab sich sofort in Begleitung eines Arztes nach der in der Wilmannstr. 5 im Erdgeschoß gelegenen Wohnung des B. Hier bot sich ihnen ein graufiger Knabli. Sie fanden die Romanowsky in der Nähe in sitzender Haltung mit Kopf und Rücken an die Wand gelehnt in ihrem Blute schwimmend. Der Arzt Dr. Gottheimer konnte nur noch den Tod der nur mit Hemd und Unterrock bekleideten A. feststellen. Ueber den Vorfall, bei dem die A. ihr Leben einbüßte, machte der Angeklagte auf der Polizeiwache folgende Angaben, die er in der gestrigen Verhandlung wiederholte. Er sei verheiratet, lebe aber von seiner Frau seit fünf Jahren getrennt. Seit etwa 1 1/2 Jahren habe er mit der Romanowsky ein Liebesverhältnis unterhalten, welches nach seiner Scheidung zu einer Heirat führen sollte. Er habe damals die Absicht gehabt, seine Frau seinem in Niederrhausen im Erzgebirge wohnhaften Vater vorzustellen. Beide hätten deshalb beschlossen, am Sonnabend vor Pfingsten, dem 18. Mai, dorthin zu reisen. Am Abend vorher habe ihn die A. deshalb in seiner Wohnung aufgesucht und die Sachen gepackt. Wegen ein Uhr nachts habe sie für die Reise nach Eisen zurechtmachen wollen und sich deshalb teilweise entkleidet. Einwa 14 Tage vorher habe er sich aus Liebhaberei eine

Browningspistole gekauft. Seinen alten Revolver, den er schon viele Jahre hatte, wollte er seinem Vater mitbringen. Auf einer Postkarte habe ihn dieser noch daran erinnert. Als die A. diese Karte gelesen hatte, wären sie beide in ein Gespräch über Waffen gekommen und er habe der A. bei diesem Anlasse die neugekaufte Pistole gezeigt. Nachdem sich die A. wieder nach der Küche begeben hatte, habe er weiter mit der Waffe hantiert und plötzlich sei ein Schuß losgegangen. Die Romanowsky habe sich sofort umgedreht, die Hände gegen die Brust gepreßt und sei mit den Worten: „Paul, ich bin getroffen“ zu Boden gesunken. In seiner Aufregung sei er planlos durch die Straßen gelaufen, bis er schließlich den Schuhmann getroffen habe. — In der weiteren Untersuchung verwickelte sich B. wiederholt in Widersprüche, so daß der Verdacht auftauchte, der Angeklagte habe seine Geliebte vielleicht nach einem vorausgegangenen Streit erschossen. Ein wegen Mordes eingeleitetes Verfahren mußte jedoch wieder eingestellt werden, da sich ausreichende Verdachtsgründe für eine vorläufige Tat nicht ergaben. — Vor Gericht behauptete Medizinalrat Dr. Störmer, der die Obduktion der Leiche der A. am 21. Mai vorgenommen hatte, daß die Kugel durch den rechten Oberarm in den Körper eingedrungen sei und diesen in horizontaler Linie völlig durchschlagen habe. Hierbei sei die Lunge durchbohrt worden, wodurch der sofortige Tod der A. herbeigeführt worden sei. Der Hofschulzenmachermeister W. A. Jun. behauptete als Sachverständiger, daß der Schuß nicht durch bloßes Hantieren mit der Pistole losgegangen sein konnte. Der Angeklagte müsse vielmehr nicht nur den Abzug in Tätigkeit gesetzt, sondern auch zugleich die Sicherung gelöst haben. Staatsanwalt Polli erklärte in dem unvorsichtigen Hantieren mit einer derartig gefährlichen Schusswaffe eine außerordentliche Fahrlässigkeit, die eine exemplarische Strafe verdiene. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß, rechnete dem Angeklagten jedoch noch zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe an.

Ein Rabenwatter, der Maurerpolier Hermann Kübsch, der seine 4 Kinder Hermann, Artur, Alfred und Margarethe fortgesetzt mit Regenschirm und Hundepistole beständig geschickt hat, und zwar deshalb weil sie mit seiner Frau, von der er getrennt lebt, also mit der Mutter, gesprochen und dieselbe besucht hatten, mußte sich gestern vor dem Rixdorf Schöffengericht verantworten. Mit ihm seine Wirtschaftlerin Marie Gremminger wegen Verhülfe, da sie ihm durch Aufheben und Zurückhalten während der Rixhandlung wesentlich Verhülfe geleistet hat.

Nach dem ärztlichen Befund müssen die Rixhandlungen ganz unumstößlich gewesen sein, auch bekunden Zeugen, daß der „Liebedolch“ Vater dem Sohn Artur mit dem Stiel auf dem Kopf herumgetragen ist, ihm auch einen Stoß mit dem Fuß vor die Brust versetzt hat, wie die vom Arzt festgestellte blutunterlaufene Stelle auf der Brust auch beweist. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Kübsch 6 Wochen Gefängnis und gegen die Gremminger 1 Woche Gefängnis. Der Gerichtshof belieh es indessen unter Jubilation mildernden Umständen bei 120 M. Geldstrafe für Kübsch und 20 M. für die Gremminger.

Haus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 11. August, Ausflug nach Strausberg. Abfahrt morgens 8.10 ab Bahnhof Friedrichstraße, 8.16 ab Alexanderplatz, 8.26 ab Schlesischer Bahnhof. Im Restaurant „Landhaus“ Pläus. Dann Tour nach „Schlagmühle“ zum Straussee. — Während der Vereinsferien nehmen Reisaufnahmen und Beiträge entgegen: Fr. Jordan, Albederstr. 43; Fr. Klöffel, Rappentstr. 81; Fr. Kullde, Pringenzstr. 102; Fr. Steinlopf, Schwedterstr. 34; und die freiwilligen Kassierinnen. Nächste Vereinsversammlung Montag, den 2. September.

Groß-Lichterfelde. Montag, den 12. August, 6 1/2 Uhr, in Groß-Lichterfelde-Df., am Arnold-Platz im Restaurant Kaiserhof: Vortrag.

Abtershof. Montag, den 12. d. M., bei Wöllheim: Vorlesung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt- und Viehverwaltung. (Großhandl.) Rindfleisch Ia 70—72 Pf. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 59—60, Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 53—62, Stöße, fett 52—60, do. mager 40—50, Pfeffer 54—66, Kaffee, Bm 52—63, do. hell 0,00, Raffinierter, Doppelpender 100—120, Raffinierter Ia 75—85, IIa 66—74, Silber ger. gen 47—59, do. hell 0,00, Bm. 0,00, Hammelfleisch Wahlnummer 80—84, Hammel Ia 75—79, IIa 69—74, Schafe 65—68, Schweinefleisch 65—71, Fleisch Ia per Hund 0,60—0,85, IIa 0,30—0,59, Rindfleisch 0,58—0,61, Damhirsch 0,60—0,82, Wildschweine 0,00, Ferkel 0,00, Kaninchen per Stück 0,41—0,50, do. australische 0,00, Wildenten per Stück 0,00, Anenten per Stück 0,00, Gänse, alte, per Stück 1,40—2,15, IIa 0,80—1,30, do. junge 0,60—1,15, Tauben 0,30—0,50, Italienische 0,00, Enten per Stück 1,00—2,75, do. Hamburger per Stück 2,30—3,00, Gänse per Hund 0,92—0,70, do. per Stück 3,00—4,80, do. Hamburger per Pfd. 0,00, per Stück 0,60, do. Ueberbruder per Hund 0,00, Ferkels per Stück 0,75, Gänsehühner 0,00, Ferkel per 100 Pfd 125—135, do. matt 110—115, do. mittel und groß 118—122, do. groß, matt 108, Bander, mittel 0,00, do. matt 0,00, Schafe, klein 134—162, do. groß 0,00, do. 149, Wale, groß 94—101, do. klein und mittel 93—108, mittel 94—102, do. unsortiert 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. klein 72, Wölfer, matt 0,00, Raddow 0,00, Karren, groß 65—70, Mele 62—70, do. matt 0,00, Bunte Fische 70—91, Barje 85, dito matt 0,00, dito klein 0,00, Karusschen 0,00, do. klein 0,00, Bleische 0,00, Weis 65—71, Mand 76, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, do. Ia neuer 90—100, do. IIIa 60, Seelachs 10—15, Rundern, Rieker, Stiege Ia 3—6, mittel per Riste 2, Hamb. Stiege 4—6, halbe Riste 2—3, pomm. Ia Schod 0,00, IIa 1,00, Schillinge, Rieker per Ball 2—3, Strahl, 3,50—5,00, Berns 0,00, Wale, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Ferkel per Schod 3—9, Schweinische Riste 3—4,00, 1/2 Riste 1,50—2, Sardellen, 1909er per Riste 98, 1904er 98, 1903er 98, 1906er 90—95, Schottische Wollheringe 1905 0,00, large 40—44, fall 38—40, med. 30—32, deutsche 37—44, Ferkel, neue Matjes, per 1/2, To. 50—120, Sardinen, russ., 1,70—1,50—1,60, Braterringe 1,20—1,40, do. Bläße (4 Liter) 1,40—1,70, Remouangen, Schod 11, do. kleine 5—6, do. Meien 14, Eier, Lamb, unsortiert per Schod 3—3,40, do. große 4,00, Ferkel per Schod, große 98, do. mittelgroße 12—17, do. kleine 3,50—4,50, do. unsortiert 5, do. Galtzer groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Butter per 100 Pfd. Ia 114—117, IIa 106—114, IIIa 100—106, abfallende 90—95, Saure Ganten, neue, Schod 3,50—4, Pfefferkörner 3,50—4, Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 2,25—3,25, blaue 2,75—3,75, Meien 2,50 bis 2,75, Meien 2,75—3,00, Porree, Schod 0,50—1,00, Meerrettich, Schod 5—15, Epinal per 100 Pfd 25—30, Scherle, per Schod 2,00—6,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 5,50—5,50, do. kleine 0,00, do. kleine (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Veteviele, grün, Schod 0,75—1,00, Robitabi Schod 0,75—1,00, Rettich, bair., neue, Stück 0,07—0,10, do. biesge, Schod 3—4, Woprrüben, Schod 1,50 bis 2,50, Karotten, biesge, Schod 2,00—3,00, Wirtulohi per Schod 4,00 bis 8,00, Koffohl, Schod 6—12, Birkohl 6—8, Bimentohl, biesger 100 Stück 8—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Ernter 100 Stück 10—15, Kohlrüben, Schod 4,00—6,00, Vetevielewurzeln, Schod 1,00—5,00, Schoten per 100 Pfd 10—20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 5—12, Steinpilze per 100 Pfd 15—20, Radleschen per Schod 0,75 bis 1,00, Salat per Schod 1,50—3,00, Gurken, Einmache, Schod 14,00, do. biesmische Schod 0,00, do. Rignitzer Schod 4,50—5,00, Bohnen, grüne, 100 Pfd 10—14, Stachelbeeren, per 100 Pfd 7—10, Himbeeren per 100 Pfd 25—30, Blaubeeren, per 100 Pfd 14—18, Johannisbeeren, per 100 Pfd. 7—10, Rirschen, per 100 Pfd 100 Schod 0,00, Berderge 0,00, Sächsische 14—16, Thüringer 8—16, Rotten 18—30, saure 14—16, Birnen, Ital., 100 Pfd 25—35, Russtatter 0,00, Bierge 10—16, Pfirsche, per 100 Pfd 10—30, Kirschen, Ital., per 100 Pfd 0,00, französi, 15—25, Apfel, italienische, per 100 Pfd 8—25, ung. 11—21, Bierge 8—10, Pfannk., Ital., per 100 Pfd 10 bis 30, Reimelauden 10—28, Bierge 10—15, ungarische 8—13, Weintrauben, Rignit., per 100 Pfd. 25—38, italienische 25—28, Ananas I, per Pfd 1—1,20, do. II 0,00, Zitronen, Reima, 300 Stück 9,00—18,00, do. 300 Stück 8,00—20,00, do. 500 Stück 6,00—12,00, do. 150 Stück 5,00 bis 8,00, Vananen, gelb, per 100 Pfd. 15,00 bis 22,00, grün 0,00

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 9. August.
Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Operntheater.
Carmen.

Deutsches, Robert und Bertram.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kammertheater: Uglabaine und Schlette.

Berliner, Sherlock Holmes.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die weiße Dame.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Ländliches Theater.) Der Weg zur Hölle.

Neues Schauspielhaus. Kaffee.
Neues. Ein seltsamer Fall.

Komische Oper. Pierpuppen.
Flotte Burgen.

Wien. Die lustige Witwe.
Kunstspielhaus. Duftensieber.

Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.

General-Theater. Tagebuch einer Verlorenen.

Kleines. Vater und Sohn.

Trianon-Theater. Bräutigam Josette — meine Frau.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Nivola. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Soltes Caprice. Götterraut. —
Vier. Anfang 8 1/2 Uhr.

Gebr. Herrnfeld-Theater. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Säger.
Vassage. Spezialitäten.

Urania. Tautendstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage:
Vater und Sohn.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Tagebuch einer Verlorenen.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das kolossale Spezialitäten-Programm mit Dampf-Bummi, Piffar und Panto, Exzentiker, Rob. Piloty von Kaufbach, 10 Uhr: Indische Tänze, ammerbrochendes Rauchen über
Hartstein
als Ortsvorsteher Lehmann in seiner Burleske
„Der Hochzeitsgast“.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

BERNHARD ROSE THEATER
Nr. Franzosenstr. 192.
Im Garten. Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende August-Programm.
Spertheil 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo
Bernardi
! und das neue!
großartige
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute, nachm. 5 Uhr:
Vorletztes Gaspiel
des Musikkorps d. kgl. bayr. 21. Infanterie-Regiments kgl. Musikdir. Jul. Schreck.
Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Saunenstr. 16.
Gr. Erfolg des August-Programms.
9 Uhr: Egon Piton mit 1. Charakter-Stuben: Serfin, Unter den Linden.
9 1/2 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
Anf. 6 Uhr. Kaffeestunde 3 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettdruckverkauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag.
Operetten-Burleske von Anton v. Donat Herrnfeld. Ruff v. 2. Stal.
Dazu die Separat-Affäre
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton v. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Barnh. Ross.
Heute:
Das großartige August-Programm.
Täglich 7 1/2 Uhr: Mit großem Erfolg:
Carmen.
Spezialitäten ersten Ranges.
P. Vendara. Neitzel-Luri-Trio.
Jack-Thao-Trio. Gebr. Damm.
Paul Coradini.
Aufseneröffnung 9 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Großer Götter-Ball.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönb. Allee 148, Kollan-Allee 97/99.
Weltliches Volkstheater Berlins.
Großes Kinder-Freudenfest.
Das riesen-
August-Programm
mit der Sensation Berlins:
Die Todesfahrt im Höllekkessel
und Konfurrenzfahren um 1000 M.
zum **Paulas Beichte.**
1. Rolle: mit Gesang von B. Geride.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater.
Rastanten-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges.
Auftreten der Löwenbraut
Tilly Bébé mit ihren drei Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Walhalla-Variete-Garten
Weinbergsweg 19/20, Rotenb. Tor.
Neue Spezialitäten.
Anf.: Dressierte Bären.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Riederdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.
Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: Konzert und Variété.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater.)
Morwig-Cyber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel:
Die weiße Dame.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel Gertrud Runge:
Carmen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel:
Die Hugenotten.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nord. Säger
u. Tanzkränzen.
Stets hochaktuelles
Programm.
Sonntags Beginn 5 Uhr,
mochentags 8 Uhr.

Braatz' Amerikanischer Affen-Zirkus
a la Brockmann.
Am Prenzlauer Tor.
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Neben dem Sonntag, Feiertags, Mitt-
woch u. Sonnabends nachm. 4 Uhr:
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgeliegenheit n. allen Stadttrich.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Riesen-Lachertolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobatik. — The Reros, konfurrenzlose
Reinheit. — Heinz Heuer, Selll Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 3 Uhr. Kaffeestunde. Volkshelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Morgen Sonnabend 10. August
den
Große Mondscheinfahrt
nach Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge.
Abf. circa 9 Uhr abds. } ab Schillingsbrücke
Din und zurück 50 Pf. }
Hierzu ladet ein **Piehl**, — Restaurant —
zum Oder-Spree-Kanal.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz
Laufen Sie Ausverkauf
schnell und besichtigen Sie das ungeheuer Lager, welches wir, um nur einigermaßen zu räumen, einem Saison-
bis Ende August d. J. unterstellt haben. Alle Sommer-Waren und Fenster-Piecen verkaufen wir der schlechten Witterung wegen bis teilweise
50% unter Preis.
Herren-Paletots, gemustert, alle Farben . . . früher his 18 M., jetzt von 6²⁵
Herren-Paletots, auf Atlas und Seide 11⁵⁰
Herren-Paletots, wunderbare Stoffe, alle Muster 16⁰⁰
Herren-Anzüge, hell gemustert 7³⁰
Herren-Anzüge, hochelegant 12⁵⁰
Herren-Anzüge, Maß-Ersatz 17⁵⁰
Herren-Hosen 1⁸⁰, 2²⁵, 3¹⁰, 4³⁰, 5²⁰, 6⁵⁰ M.
Kinder-Anzüge, unglaublich billig von 1⁸⁰
Kinder-Hosen, verschiedene Muster von 46 Pf. an
Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen enorm billig.

Blitz
Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.
Maß-Abteilung.
Nur 3 Preise.

Herren-Anzüge Serie I 2750 M., Serie II 3750 M., Serie III 4750 M.
Herren-Paletots " I 2450 M., " II 3450 M., " III 4450 M.
Herren-Hosen " I 950 M., " II 1350 M., " III 1750 M.
Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.
Telephon Amt II No. 7099, Amt III No. 3835, Amt VII No. 730, Amt 3a No. 4887.

29-30 Kottbuser Damm 29-30 9 Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr.
137 Gr. Frankfurterstr. 137 jetzt 85 Chaussee-Straße jetzt 85
5 Geschäfte, 10 Haupt-Straße 10 5 Geschäfte.
Schöneberg.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Neue Welt

Hasenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratifikations-
I. Preise: 1 goldene Herrenuhr.
1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerst. 50 Pf.
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13/15.
Kunstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Neben Donnerstags: Elite-Tag.
Die Kaffeestunde ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgeliegenheit n. allen Stadttrich.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Riesen-Lachertolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobatik. — The Reros, konfurrenzlose
Reinheit. — Heinz Heuer, Selll Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 3 Uhr. Kaffeestunde. Volkshelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Morgen Sonnabend 10. August
den
Große Mondscheinfahrt
nach Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge.
Abf. circa 9 Uhr abds. } ab Schillingsbrücke
Din und zurück 50 Pf. }
Hierzu ladet ein **Piehl**, — Restaurant —
zum Oder-Spree-Kanal.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz
Laufen Sie Ausverkauf
schnell und besichtigen Sie das ungeheuer Lager, welches wir, um nur einigermaßen zu räumen, einem Saison-
bis Ende August d. J. unterstellt haben. Alle Sommer-Waren und Fenster-Piecen verkaufen wir der schlechten Witterung wegen bis teilweise
50% unter Preis.
Herren-Paletots, gemustert, alle Farben . . . früher his 18 M., jetzt von 6²⁵
Herren-Paletots, auf Atlas und Seide 11⁵⁰
Herren-Paletots, wunderbare Stoffe, alle Muster 16⁰⁰
Herren-Anzüge, hell gemustert 7³⁰
Herren-Anzüge, hochelegant 12⁵⁰
Herren-Anzüge, Maß-Ersatz 17⁵⁰
Herren-Hosen 1⁸⁰, 2²⁵, 3¹⁰, 4³⁰, 5²⁰, 6⁵⁰ M.
Kinder-Anzüge, unglaublich billig von 1⁸⁰
Kinder-Hosen, verschiedene Muster von 46 Pf. an
Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen enorm billig.

Blitz
Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.
Maß-Abteilung.
Nur 3 Preise.

Herren-Anzüge Serie I 2750 M., Serie II 3750 M., Serie III 4750 M.
Herren-Paletots " I 2450 M., " II 3450 M., " III 4450 M.
Herren-Hosen " I 950 M., " II 1350 M., " III 1750 M.
Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.
Telephon Amt II No. 7099, Amt III No. 3835, Amt VII No. 730, Amt 3a No. 4887.

29-30 Kottbuser Damm 29-30 9 Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr.
137 Gr. Frankfurterstr. 137 jetzt 85 Chaussee-Straße jetzt 85
5 Geschäfte, 10 Haupt-Straße 10 5 Geschäfte.
Schöneberg.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder ab 60.—, Sozial-Luxus- mit Preisabst. ab 95.—,
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Handsnummer „23“ zu achten!
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Lebensmittelpreise steigen!
Existiert denn in Deutschland ein Reichstag?
Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Welke, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Verkaufsausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbst Flugschriften und Prospekte.

Sie als vorzüglich bekannten Qualitäts-Zigarren empfiehlt die
Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg.
Fabriklager und Vertretung für Berlin und Umgegend:
Udo Stangenberg, Berlin SO., Köpenickerstr. 20a, Amt IV, 9160.
Verkaufsstellen: Berlin, Köpenick usw., Hamburg, Stettin, Köln usw.
Wegen Eröffnung von weiteren Verkaufsstellen wollen sich kausionsfähige Respektanten an obigen Vertreter wenden.

Oderbruch-Gänse
Der Saisonverkauf hat begonnen und empfehle:
la Oderbruch-Gänse Hund 75 M.
la Brat-Gänse Stück von 4,50 M. an
la Gänselein, Keulen, Gänseleber,
la Hautfett, la Liesen.
Gänserümpfe von 3,00 M. an
Frisches Gänsefleisch von jungen Gänsen Hund 2 M.
sowie alle Würstwaren und Aufschnitt in bekannt guter Qualität.
Max Schönwald, Berlin, Luckauerstr. 16
Fernspr. Amt IV 514
56/16 Versand nach allen Stadtteilen.

Das Auge sieht nicht,
wie viel Bakterien oft in dem Hfig. der konsumiert wird, enthalten sind, denn sonst würden Sie sofort über die Hfig nur noch selbst be-
reuen, und zwar aus Reichel's Gfig-Gheng Marke „Lichterz“. —
Originalflaschen für 12 Weinstunden Hfig ausreichend, Mk. 1.—,
1/2 Flasche 55 Pfg. Für leere Flaschen 5 bzw. 10 Hfig zurück
Heberall in den Drogerien zu erhältlich, wo nicht, direkter
Verband von Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
Man verlange und nehme nur Reichel's Gfig-Gheng „Lichterz“.
und achte auf unverletzten Kapselverschluss mit Marke „Lichterz“.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang
Bodenstr. 8
Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesund-
brunnen — Sellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original-Inszenierung • Operetten-
Duelle in 2 Akten von B. Geride.
Ruff von Alfred Sommerfeld.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volkshelustigungen.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph-(St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Täglich Eingang von
Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Zirkus
Norton B. Smith
Berlin, Hemelerstraße.
Telephon Amt 7, No. 1519.
Morgen Sonnabend, 10. Aug.:
Gala-Premiere
mit für Berlin gänzlich neuem
Programm. 203/15
Neue, eigenartige
Orig.-Freiheitsdresuren
Hochelegante innere Ausstattung.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin, SW. 68. Lindenstr. 69.
Zur Kollation, namentlich auf dem
Raube, empfehlen wir angelegentlich
Das verbotene Blatt.
Preis für 100 Exemplare 1 M.
Bario 10 Pf.

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Tremessen.

Ueber die Ursachen der Entgleisung des D-Zuges wird gemeldet: Die Katastrophe wird darauf zurückgeführt, daß der mit zwei Maschinen bespannte Zug das stark „ausgeleifferte“ Gleis hinter Tremessen mit voller Geschwindigkeit passierte. Es sieht fast, daß ein Signal „Langsam fahren“ nicht gegeben war. Zwischen Tremessen und Gnesen sollten unter großer Beschleunigung Schienen und Schwellen erneuert werden. Die Arbeiten wurden deswegen auch nachts bei Fackellicht fortgesetzt.

Die Arbeit wurde von dreißig Leuten und einem Vorarbeiter ausgeführt. An der Unfallstelle war die Vettung zwischen den Schienen tief ausgeschachtet. Die Schienen waren ebenfalls soweit gelodert, daß sie an den Stößen nur noch mit zwei Schrauben befestigt waren. Es ist geradezu unglücklich, wie man einen schweren D-Zug mit voller Geschwindigkeit über eine derartig bearbeitete Strecke fahren lassen konnte. Es wäre durchaus angebracht gewesen, wenn ein höherer Beamter die nächsten Streckenarbeiten beaufsichtigt hätte. Die schon so oft gerügte übertriebene Sparjamkeit des Eisenbahnfiskus trägt auch in diesem Falle die Mitschuld.

Ein Mitteilung aus Posen lautet: Die Vettung zwischen den Schwellen war bis an deren unteren Kante ausgeschachtet, so daß, als der schwere Zug mit seiner sehr großen Geschwindigkeit über den lose daliegenden Schienenstrang hinwegfuhr, die Schwellen zweifellos in die nebenbefindlichen tieferen Ausgrabungen gerieten und so das Gleis in eine federnde Bewegung geriet, wobei eine nur lose — mit 2 Schrauben — am Stoß befestigte Schiene aus ihrem Verbände gelöst wurde. Für diese Annahme spricht die Tatsache, daß die Schiene, an der die Entgleisung stattgefunden hat, eine S-förmige Krümmung aufweist. — Die Tatsache, daß ein Bahnmeister diese nächtliche Umbauarbeit nicht überwachte, wird dadurch zu erklären versucht, daß der Bahnmeister der Gnesener Bahnmeisterei beurlaubt und der ihn vertretende Bahnmeister-assistent nicht Tag und Nacht auf dem Posten sein kann.

Nach einer weiteren amtlichen Meldung heißt der beim Eisenbahnunglück bei Tremessen getötete russische Hauptmann nicht Sobow sondern Sotow und der getötete Fürst nicht Begotow sondern Beratoff. Als Wohnort des nebst Frau und Tochter getöteten Kaufmanns Abramowich wird Riew angegeben. Infolge schwerer Verletzung ist gestorben die Portierfrau Bez aus Allenstein. Als schwer verletzt werden noch angegeben Monteur Karl Wiesner aus Rudolfsbüden und Viehhändler Fleischbauer aus Breslau. Die Zahl der Leichtverletzten beträgt sechs. Als Ursache des Unfalles wird, vorbehaltlich der gerichtlichen Feststellung, teils unzureichende Vorkehrung beim Gleisumbau, teils zu große Fahrgeschwindigkeit angesehen. Die Unterbrechung der Strecke wird voraussichtlich am 9. August beseitigt sein.

Der verunglückte Oberpostkassierer Karl Kürbs aus der Pappelallee 69 ist gestern früh 1 Uhr in Berlin eingetroffen und sofort von dem Vertrauensarzt in Behandlung genommen worden. Kürbs, der schon 23 Jahre im Postdienste steht, war bei seiner Ankunft in Berlin so angegriffen und erschöpft, daß er auch auf die einfachsten Fragen keine Antwort zu geben vermochte. Aus einzelnen Äußerungen war nur zu entnehmen, daß er bei dem gewaltigen Anprall mit voller Wucht gegen ein Briefregal geschleudert wurde und hierbei neben dem Bruch des Rippenbeines heftige innere Erschütterungen erlitt. Weitere Einzelheiten über die Katastrophe vermag er vorläufig noch gar nicht anzugeben. Aus Gnesen wird noch berichtet:

Kurz bevor der D-Zug Tremessen passierte, fuhr ein Güterzug die Strecke entlang. Der Lokomotivführer bemerkte die starken Schwingungen, als er das Gleise passierte und wollte den D-Zug warnen. In Tremessen war aber kein telephonischer Anschluß zu erreichen. Der Güterzug fuhr also bis Gnesen weiter. Von hier aus wurde dann auf Veranlassung des Lokomotivführers sofort nach Tremessen telephoniert, daß der D-Zug nicht abgelaufen werden sollte. Es war aber bereits zu spät. Als die Warnung ankam, war das Unglück bereits geschehen.

Die durcheinandergehenden und zum Teil sich widersprechenden Nachrichten über die Ursachen der Eisenbahnkatastrophe finden ihren Grund in den allzu spärlichen Mitteilungen der amtlichen Untersuchung.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Auf die am Sonntag früh stattfindende Flugblattverbreitung sei hier nochmals ganz besonders aufmerksam gemacht. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, pünktlich zu erscheinen, damit die Verbreitung schnell von statten geht.

Köpenick. Am Sonnabend, den 10. August findet das Stiftungsfest des Wahlvereins im „Schweizergarten“, Lindenstraße statt. Laut Beschluß der letzten Wahlvereinsversammlung haben diejenigen Parteigenossen, welche jetzt noch am Kampfe im Baugewerbe beteiligt resp. in Mitleidenschaft gezogen sind, freien Eintritt zum Fest. Mitglieder, welche von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, erhalten die Eintrittskarten bei den Vorständen ihrer Organisationen oder Streikleitungen. Die Entnahme der Billetts muß aber bis Sonnabendmittag erfolgt sein.

Im übrigen muß für alle Parteigenossen mit ihren Familien am Sonnabendabend die Parole sein: Besuch des Stiftungsfestes. Der Vorstand.

Spandau. Heute Freitag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kumpke, Schönwalderstraße, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Der Arbeitsekretär Bräuner spricht über den internationalen Kongreß in Stuttgart. Die Genossen werden um zahlreichem Besuch gebeten. Der Vorstand.

Schildow, Blankensee. (Bezirk Nieder-Schönhäusen.) Am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags Punkt 8 Uhr, findet in Wändemühle bei Knappe die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otto über: „Sexuelle Ethik“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig. Für die Nieder-Schönhäusener Genossen ist Admarck Punkt 1/2 Uhr von Oratvogel, Nordend aus. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Den Unfug des Kartenlegens und „Weissagens“ charakterisiert eine mit der Bitte um Veröffentlichung an uns gerichtete Zuschrift. Wir gewähren derselben schon insofern Raum, als sie ein Stück Aufklärungsdokument für unsere Leser bedeutet. Sind doch schließlich auch unter den Arbeiterfrauen eine Anzahl allzu leicht geneigt, für diesen Humbug noch Geld auszugeben. Der Leser,

dem die auf diesem Gebiet gemachte üble Erfahrung die Feder in die Hand gedrückt zu haben scheint, schreibt:

Eines der traurigsten Kapitel im Zeitalter des lenkbaren Luftschiffes ist das vom Aberglauben in seinen verschiedensten Gestaltungen mit seinen teils zur Komik neigenden, teils aber auch verhängnisvollen Folgerziehungen. Dabei soll die gewissenlose Ausbeutung aller derjenigen, die nicht alle werden, noch das harmloseste sein, und wenn es gerade Besessene sind, die ihren Tribut der Dummheit zollen, so ist der Schaden weiter nicht groß.

Schlimmer wird die Sache schon, wenn Arbeiterfrauen ihre und ihrer Männer sauer erworbenen Groschen so einer Bettel-opfern, die ihre mittelalterlichen Künste im Kartenlegen, Rie-geln, Evidenten usw. oftmals in Gemeinschaft mit anderen Dingen betreibt.

Leider nimmt die Presse nur hin und wieder, vielleicht bei ganz besonders krassen Fällen, Gelegenheit, das schamlose Treiben jener dunklen Schichten etwas näher zu beleuchten. Man hat sich daran gewöhnt, diese traurigen Zeichen unserer Zeit als etwas Selbstverständliches zu betrachten.

Daß aber neben der sittlichen Verwilderung auch andere Gefahren, Sündung des Familienglücks, Geisteskrankheit usw. heraufbeschworen werden können, möge wieder einmal folgender Fall illustrieren:

Zwei verheiratete Frauen fühlten das Bedürfnis, einen Blick in die Zukunft zu tun und begaben sich zu einer Prophetin, die ihnen den Schicksal der Zukunft — natürlich nur gegen klingende Münze — zu lästern versprach.

Wenn es nicht gelang, durch geschickte Nebenwendungen einiges aus den Düpierten herauszuloden, wird mit Alltäglichen begonnen, die bei fast allen Menschen mehr oder weniger die gleichen sind und daher fast immer eintreffen. Daß ein Verwandter stirbt, daß man einen Brief bekommt usw., passiert alle Tage, trotzdem aber fordert die kindische Vorhersage dieser Ereignisse das Staunen und Bewundern aller derer heraus, die eben nicht alle werden.

Befragte zwei Frauen ließen sich nun die Karten legen, die eine auf ihren Mann, die andere auf eine ihr verhasste Schwägerin.

Und da wurde nun der ersteren „geweissagt“, daß sie gegenwärtig in sehr ärmlischen Verhältnissen lebe, es aber auch mit ihrem jetzigen Manne niemals weiter bringen werde. Doch das Glück bleibe nicht aus. Nach einiger Zeit werde ihr Mann sterben und sie noch eine schwerreiche Heirat machen; das künftige Eheleben werde ein freudereiches und glückliches sein.

Auch der zweiten wurden ganz nach Wunsch die Schwächen und Fehler der beneideten Person bezichtigt und Eigenschaften höchst bedenklicher Natur für die Zukunft angedeutet, auf die man natürlich stolz ist, sie allen guten Bekannten jetzt schon mitteilen zu können.

Und nun bedenke man die Folgen, die durch solchen Humbug entstehen können. Wie nun, wenn so einer Armen im Geiste das trophgezeichnete Glück zu lange ausbleibt, wenn der glückliche Gatte über eine gar zu stabile Gesundheit verfügt und seinem reichen Nachfolger absolut nicht Platz machen will, während sie selbst mit jedem Tage älter und unansehnlicher wird? Kann es da nicht leicht passieren, daß die arme Gesoppte nach dem Grundsatze jenes schelmischen Franzosen in Lessings „Minna von Barnhelm“ handelt: „Man muß das Glück korrigieren.“ So manches Unglück, ja Mord und Verbrechen haben im Aberglauben ihren Anfang genommen.

Allen denen aber, die dazu imstande sind, erwächst die heilige Pflicht, nicht nur spöttisch lächelnd an jenen Bemitleidenswerten vorüberzugehen, sondern sie immer und überall, wo es nur möglich ist, aufzuklären. Denn nur ein von diesem mittelalterlichen Ballast befreiter Kopf ist für die Ideen des Sozialismus empfänglich.

Nachdem der Magistrat die Einrichtungen der Berliner Rettungsgesellschaft in städtische Verwaltung übernommen hat, ist in weiterer Ausbau des bestehenden Zustandes namentlich auch das Rudolf Virchow-Krankenhaus als Hauptwache für erste Hilfeleistung bei Unfällen dem Berliner Rettungswesen angegliedert worden. Die dortige Station ist fortan Hülfsuchenden der gedachten Art jederzeit zugänglich.

Umfangreiche Änderungen treten beim Omnibus ein. Die Allgemeine Berliner Omnibusaktiengesellschaft hat im Frühjahr zugleich mit der Eröffnung der Omnibuslinie 34 Alexanderplatz—Brunnenstraße die Linie 27 Alexanderplatz—Schönhäuser Allee vom Wörther Platz an durch die Hochmeister-, Schlemann- und Stargarderstraße verlegt. Damit ist die Schönhäuser Allee zwischen der Danziger- und der Stargarderstraße ohne Omnibusverbindung geworden. Die Omnibusgesellschaft hat sich entschlossen, für die Linie 27 wieder den alten Weg vom Wörther Platz an durch die Wörtherstraße und die Schönhäuser Allee nachzugehen. Die Genehmigung ist ihr jetzt vom Polizeipräsidenten erteilt worden. Die Linie 27 Alexanderplatz—Schönhäuser Allee wird vom 15. August an demnach wieder durch die Schönhäuser Allee verkehren. Daneben bleibt die jetzige Omnibusverbindung Alexanderplatz—Schönhäuser Allee durch die Hochmeister-, Schlemann- und Stargarderstraße bestehen. Sie wird aber nur bis zum Bahnhofs Schönhäuser Allee geführt und erhält statt der Nummer 27 die neue Nummer 33. Zwischen dem Alexanderplatz und dem Wörther Platz verkehren so vom 15. August an nicht weniger als drei Omnibuslinien, nämlich 27 Alexanderplatz—Schönhäuser Allee, Ede Bornholmerstraße, 33 Alexanderplatz—Schönhäuser Allee, Ede Spangenbergstraße und 34 Alexanderplatz—Brunnenstraße, Ede Vorjüngstraße.

Ausfallende Sonntagszüge. Auf der Strecke Berlin, Schleifischer Bahnhof (Wriezener Bahnsteig)—Hoppegarten fallen, wie die königliche Eisenbahndirektion bekannt macht, mit Sonntag, den 1. September d. J. die folgenden Sonntagszüge aus: A a Hoppegarten die Züge Nr. 4353, 4356, 4357 usw. die ungraden Züge bis 4363, sodann 4367 und 4369; von Hoppegarten die Züge Nr. 4352, 4354 usw. die geraden Nummern bis 4366.

Ein gewaltiger Sturm, durch den vielfach großer Schaden angerichtet worden ist, hat in der gestrigen Nacht in Berlin und in der Umgebung gehobt. Mittwoch abend gegen 10 Uhr, setzte er bereits ein und erst in der zweiten Morgenstunde war seine Gewalt gebrochen. An zahlreichen Häusern sind durch die heftigen Windstöße Schilber heruntergerissen worden; Dachziegel wurden gelodert und auf die Straße geschleudert, wodurch die Passanten außerordentlich gefährdet waren. Auch viele Fensterscheiben fielen dem Elemente wieder zum Opfer. Bedeutende Verbercerungen hat der Orkan in der Umgebung Berlins hervorgerufen. Auf den Kornfeldern, auf denen gegenwärtig mit der Ernte begonnen ist, wurden die Kornhäusen förmlich auseinandergerissen und die Kornbunde zerstört. Das Obst wurde von den Bäumen abgeschlagen und durch Windbruch erheblicher Schaden betruessacht. Besonders stark hatten die an den Gewässern liegenden Baumreihen unter der Einwirkung des Sturmes zu leiden. In einer Laubenkolonie in Schmaragdendorf wurde eine massiv errichtete Laube vollständig zertrümmert. In den östlichen Vororten war der Sturm auch von einem Gewitter begleitet. An einzelnen Stellen schlug der Blitz ein. Eigenartige Folgen hatte ein Blitzschlag in dem Anwesen des Eigentümers Rost bei Ruderdorf. Der Blitz durchschlug das Dach, schaffte sich in zwei darunter liegenden Zimmern durch je zwei Löcher eine Bahn und wurde schließlich durch die elektrische Klingelleitung abgeleitet.

Uebel bekommen ist, wie aus einer Zuschrift hervorgeht, einigen Genossen und ihren Familien ein Sonnabend, welches dieselben am Sonntag beim Baden am Wannsee nahmen. Sie hatten sich recht wohl gefühlt, da sie sich einige Stunden im Freien herumtummeln konnten. Die nachfolgenden Tage aber haben sie wie ihre

Frauen und Kinder nicht geringe Schmerzen gehabt, da die Sonne die Haut verbrannt hatte. Ein bemitleidenswerter Teilnehmer teilt dies mit, damit andere unserer Leser, vorausgesetzt, daß es diesen Sommer noch heiße Tage gibt, vorsichtiger sein sollen.

Großfeuer im Café Friedrichshof.

Gestern abend 7 Uhr kam im Café Friedrichshof an der Ede Friedrich- und Kochstraße ein großer Brand aus, der die gesamte fünfte Kompagnie lange beschäftigte. Er entstand aus noch nicht ermittelter Ursache in der Mitte des Dachstuhl an der Kochstraßenfront und griff rapide um sich. Die Löschzüge 17 und 18 von der Hauptfeuerwache waren alsbald zur Stelle, doch zog der leitende Offizier zur Verstärkung noch die Züge 19 und 20 heran, da die Gefahr für eine Weiterverbreitung des Feuers vorlag. Anfangs drangen nur dicke Rauchwolken durch das Dach, denen sich aber bald hochwertige Flammen zugesellten. Während nun von der Friedrichstraße mit Schlauchleitungen vorgegangen wurde, um die Westseite des Dachstuhl und namentlich den Eckurm zu schützen, wurde der Hauptangriff von der Kochstraße aus über zwei mechanische Leitern und Treppen hinweg vorgenommen. Langsam wurden die Flammen nach der östlichen Ecke zurückgedrängt, wo sie aber eine betartige Hitze erzeugten, daß ihnen von den Feuerwehrmännern nur schwer beizukommen war. Das sich an der Front hingehende starke Eisengitter wurde rotglühend und auch das Dach des linken Seitenflügels begann zu brennen. Trotzdem gelang es dem umsichtigen Vorgehen der Wehr, auch nach dieser Seite hin das Feuer rechtzeitig abzukämpfen und es auf das Vorderdach zu beschränken. Eine Reihe von mit allerhand Hausatut angefüllten Bodenkammern und ein großer Teil des Dachstuhl wurden eingestürzt, auch hat die oberste Etage stark unter Wasser gelitten. Während des Brandes sammelte sich in der Umgebung ein tausendköpfiges Publikum an und der Omnibus- und Wagenverkehr in jenem Teile der Friedrichstraße konnte nur mit Mühe aufrecht erhalten werden.

Der mutmaßliche Mörder der Frau Plath, Kasimir Sopolinsky, ist aus dem Militärverband entlassen und an das bürgerliche Strafgericht ausgeliefert worden. Infolgedessen ist bei dem hiesigen Landgericht I die Voruntersuchung gegen ihn eröffnet und seine Ueberführung nach Berlin beantragt worden. Diese wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen.

Ueberfahren und tödlich verletzt wurde gestern die Ehefrau Schellith aus der Witschinerstraße. Dieselbe hatte einen Straßenbahnwagen benutzt und war in der Schönebergerstraße ausgefahren, als sie plötzlich von einem Koffelwagen erlitt und überfahren wurde. Die Räder des Wagens gingen der Unglücklichen über den Unterleib. Schwerverletzt wurde sie nach der nächsten Unfallstation gebracht, wo ihr die erste Hilfe zuteil wurde. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb die Verunglückte an den schweren Verletzungen.

Nahrungsvorgen haben am Mittwoch den Gelegenheitsarbeiter August Waxmann in den Tod getrieben. V. fand keine Arbeit mehr und es war ihm nicht möglich, seine beiden kleinen Kinder zu erhalten. Vorgehurn bereitete er seinem Leben gewaltsam ein Ende; er erhängte sich an einem Baume in der Hadlichstraße an der Pankower Grenze und wurde später von einem Polizeibeamten entdeckt.

Feuerwehbericht. Der Brand eines Automobildreirades alarmierte die Feuerwehr nach der Neuen Friedrichstraße 52. Das Benzin hatte sich entzündet und die Flammen das Dreirad mit dem Inbalt ergriffen. Vor dem Hause Wödenstr. 131 brannte ein Baum, der mutwillig in Brand gesteckt worden war. Nicht weit davon, Jagelbergstr. 21, mußte ein Küchenbrand gelöscht werden. Röbel und Hohlen usw. waren dort in Brand geraten. Ferner mußten in der Rannnerstr. 19 und Kölnowstr. 53 zwei Kellerbrände gelöscht werden. Auf dem Moabitser Güterbahnhof hat jetzt die Feuerwehr täglich zu tun. Reisend müssen dort Koffelbrände gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Der Kampf der Behörden gegen die Jugendorganisation, speziell im Kreise Teltow,

zeitigt die sonderbarsten Wästen. Es werden die erdenklichsten Argumente herbeigeholt, um die in letzter Zeit erfolgten Auflösungen der Versammlungen jugendlicher Arbeiter als gerechtfertigt hinzustellen. Bekanntlich wurde außer den Versammlungen in Trepow-Baumshulenweg auch eine kürzlich in Friedenow stattgehabte Versammlung polizeilich aufgelöst. Auf die gegen diese Auflösung eingelegte Beschwerde ist nun der Bescheid geworden, daß dieselbe unbegründet sei, da in der Versammlung über die Fortbildungsschulen gesprochen worden sei. Es heißt dann wörtlich: „Da diese zu den staatlichen Einrichtungen zu zählen sind, so durfte in der genannten Versammlung in Anwesenheit von Lehrlingen nicht darüber verhandelt werden. Die Auflösung der Versammlung ist daher gemäß § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. III. 1850 gerechtfertigt.“

Diese Auslegung des Gesetzes wird sicher jeden verblüffen. Der § 8 des Vereinsgesetzes bestimmt, daß Lehrlinge an Versammlungen politischer Vereine nicht teilnehmen dürfen. Mit keinem Wort wird in dem betreffenden Paragraphen gesagt, daß zu Lehrlingen über staatliche Einrichtungen nicht gesprochen werden darf. Zu solchen Lächerlichkeiten kommt man, wenn man in das Gesetz einen Sinn hineinlegen will, welchen es nicht hat. Den Behörden ist ja nun jedes Mittel zur Bekämpfung der Jugendbewegung recht. Der vorstehende Bescheid dürfte aber wohl selbst bei den oberen Instanzen keine Billigung erfahren.

Charlottenburg.

Die Wählerlisten liegen in der Zeit vom 15.—30. August auf dem Statistischen Amt, Verlmerstr. 71, öffentlich aus. Die Genossen werden ersucht, heizelten sich davon zu überzeugen, ob sie in der Liste verzeichnet sind. Wer nicht in der Liste steht, geht seine Wahlrecht verlustig. Für diejenigen Wahlberechtigten, die in Ermangelung von Zeit nicht in die Wählerliste Einsicht nehmen können, haben sich die auf den in den Lokalen anhängenden Plakate verzeichneten Genossen bereit erklärt, es zu tun.

Der Wahlverein veranstaltet am Sonnabend im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3, einen Rezitationsabend. Durch einen einleitenden Vortrag von Herrn Dr. Auest soll den Zuhörern das Verständnis der Dichter näher gebracht werden, aus deren Werken dann ausgewählte Gedichte zum Vortrag kommen. Vornehmlich handelt es sich um Werke neuerer Dichter: Ferdinand Freiligrath, Theodor Fontane, Detlev v. Liliencron, Arno Holz, Ernst v. Wolzogen u. a. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen des Herrn Siegfried Maden vom Kleinen Theater in Berlin.

Der Eintrittspreis ist auf 30 Pf. einschließlich Garderobe festgesetzt, um jedem die Teilnahme an dem Abend zu ermöglichen. Nach Beendigung der künstlerischen Darbietungen, gegen 1/2 Uhr, wird die junge Welt noch beim Tanze zusammenbleiben.

Schöneberg.

Mit Salzsäure vergiftete sich vorgestern der Glasermeister Franz Nielle aus der Eisenstraße 47. Nach einem häuslichen Zwist...

Der Arbeiter-Turnverein Schöneberg bittet uns mitzuteilen, daß von nächster Woche ab die Turnabende durch das Entgegenkommen...

Groß-Lichterfelde.

Das Gewerkschafts-Komitee für Groß-Lichterfelde und Umgegend veranstaltet am Sonntag, den 11. August, nachmittags 3 Uhr...

Tempelhof.

Anscheinend in einem Anfall von Schwermut ist die 21 Jahre alte Verkäuferin Marie Michnow aus Hohenstaaten in den Tod...

Pantow.

Die Gemeindevertretung beschloß am 6. August, das Lokal im Gemeindepark allen Vereinen zu deren Veranstaltungen freizugeben...

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung nahm Kenntnis von dem Dankschreiben der freiwilligen Feuerwehr für die gespendeten 400 M...

Als Ergänzung zum letzten Versammlungsbericht des Wahlvereins teilt uns der Vorstand mit: Nicht mehr im Wahlverein sind...

Woltersdorf.

Ein rätselhafter Leichenfund, dem möglicherweise ein Mord zugrunde liegen dürfte, ist am Mittwoch im Kalksee bei Woltersdorf...

Saathwinkel.

Ein erschütternder Unglücksfall ereignete sich auf einer Ziegelei in Saathwinkel beim Reinigen eines Schornsteins. Der dortselbst beschäftigte Vorarbeiter W. war in den Schornstein hineingestiegen...

Verfammlungen.

Die reaktionären Handlungen der Unternehmer in der wirtschaftlichen Krise, lautet das Thema einer öffentlichen Versammlung, die am Mittwoch im Lokale „Zum Wänter“ in Mariendorf...

machen ein halbwegs auskömmliche Verdienst erzielt werden kann. Zu diesen Betrieben, gehören auch die Firma Steffens u. Kölle...

Den Ausführungen des Referenten folgte eine mehrstündige lebhafte Debatte. Unter anderem trat auch ein Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts auf...

Vermischtes.

Der Prozeß Gau.

Die Sensationen des Prozesses Gau scheinen noch immer nicht erschöpft zu sein. In Mannheim hatte sich ein Freiherr Karl von Lindenau in einem anonymen Schreiben an den Rechtsanwält Dr. Diez...

wurde gestern abend 6 Uhr ausgeführt. Während der Verhandlung gegen Frau Lindenau ein Schreiben an den Verteidiger gerichtet, in welchem er mitteilt, er habe sich am 6. November zum Zwecke eines Stelldicheins nach Baden-Baden...

Zugleich wird telegraphisch aus Mannheim gemeldet, daß auch Fräulein Diga Molitor in Baden-Baden verhört worden sei.

Einige Sensationsblätter stellen bereits allerlei Betrachtungen über die Folgen der in den Lindenauischen Briefen enthaltenen Angaben an; uns scheint, daß zunächst festgestellt werden muß, ob der in plötzlicher Liebe zu der von ihm des Elternmordes bezichtigten Diga Molitor entbrannte, 64 Jahre alte Freiherr auch geistig intakt ist.

Der Raubmord in Hannover. Morgenblättern in Hannover zufolge bezweifelt die Polizei, daß der vorgestern in Braunschweig verhaftete Pappe Jfferhof mit dem Mörder der Kofe identisch ist.

Drei Vergleute getötet. Auf dem Jirkelschachte bei Klostermansfeld riß gestern früh bei der Einfahrt in den Schacht das Seil. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe. Drei Vergleute wurden getötet und drei verletzt.

Automobilunglück. Aus Stolberg im Erzgebirge wird berichtet: Auf der Chauffee zwischen Stolberg und Chemnitz bei Pfaffenheim stürzte bei einer Kurve ein Automobil mit drei Insassen um.

Die Hitze. In Venedig herrscht eine derartige Hitze, daß in den Werkstätten der Arsenalen die Arbeit sistiert werden mußte. Solange die Hitze dauert, soll nur vormittags gearbeitet werden.

Das Unwetter in Amerika. Aus St. Paul im Staate Minnesota wird berichtet: Heftige Orkane, begleitet von Regen und Hagelschlag, haben am Dienstag in verschiedenen Teilen der Staaten Minnesota, Wisconsin und Iowa bedeutenden Schaden angerichtet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Bundeskasse-Gebäude, Durchgang aus Vindob. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. W. 50. Sie müssen sich durch einen bei dem königlichen Landgericht I zu Berlin zugelassenen Anwalt vertreten lassen, da sonst die Verurteilung besteht, daß Sie für den allein schuldigen Teil erklärt werden...

Witterungsbericht vom 8. August 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. August 1907. Veränderlich, mehrfach Regenschauer; lebhaft westliche Winde; wenig Temperaturänderung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, am, seit. Lists various water levels and changes.

+) bedeutet Hoch, -) bedeutet Unterpegel.